

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Prag, II., Haullkova nám. 32.

Postfachamt: 57344.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 10. Dezember 1924.

Nr. 288.

Sieg der Sozialdemokraten in Deutschland

Die Sozialdemokratie marschiert!

Die Hoffnungen, mit denen die deutsche Sozialdemokratie in den Wahlkampf zog, haben sich am Sonntag in vollem Maße erfüllt, denn sie ist die eigentliche Siegerin und sie hat einen so gewaltigen Erfolg errungen, daß sie wieder als das erscheint, was sie früher stets gewesen ist, als die vorwärtsschreitende Partei der vereinten sozialistischen Arbeiterschaft. Zwei Ziffern veranschaulichen dies am deutlichsten: die deutsche Sozialdemokratie hat nahezu zwei Millionen Stimmen und 31 Mandate gewonnen! Was aber das Bedeutsame ist: dieser imposante Erfolg, dem kaum ein zweiter Wahlsieg an die Seite gestellt werden kann, konnte in den sieben Monaten, die seit den Wahlen verfloßen sind, die der Partei eine schmerzliche Schlappe brachten, errungen werden! Von dem Wahlkampf, der in Deutschland geführt wurde, läßt sich sagen, daß er der leidenschaftlichste, aber auch der unruhigste war, den je unsere deutschen Genossen durchzusehen hatten. Die Gegner, Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten, verschmähten keine Fälschung, keine Lüge war ihnen zu dumm und zu schlecht, keine Verleumdung zu infam, um sie nicht im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu verwenden, wobei sich Halbkreuzler und Kommunisten wirksam ergänzten und in edler Seelengemeinschaft voneinander die Argumente liehen. Nirgends war die Spur einer politischen Idee, einer sachlichen Auseinandersetzung zu sehen: die Lügen vom „Vollstoß von hinten“, von der Vaterlandslosigkeit und der Inflationsschuld der Sozialdemokratie waren auf der einen Seite das geistige Rüstzeug, auf der anderen war es der lumpige Vorwurf des Sozialverrats und des Dawes-Raubplanes. Trotz dieser giftigen Gasangriffe und trotz des Trommelfeuers von Schmutz, Gemeinheit und Niedertracht, dieses Wahleresultat! Trotz allem ein Wachstum der deutschen Sozialdemokratie um 25 bis 30 Prozent! Auch einige der anderen Parteien haben kleine Wahlerfolge zu verzeichnen, aber dieser Zuwachs ist vornehmlich auf die Zunahme der abgegebenen Stimmen zurückzuführen und ist nicht sehr wesentlich. Die Sozialdemokratie dagegen ist von 100 auf 131 Mandate gestiegen und die gewonnenen fast zwei Millionen neuer Stimmen hat sie nicht nur der stärkeren Wahlbeteiligung, sondern vor allem der Niederlage der Kommunisten und wohl auch der Nationalsozialisten zu danken. Unsere deutschen Genossen haben sich tapfer geschlagen, sie haben in überraschend kurzer Zeit den durch das Inflationselend und den Ruhreinfall bewirkten Rückschlag überwunden und stehen fest, nicht nur als die weitaus stärkste Partei Deutschlands, sondern auch als die größte sozialistische Partei der Welt. Die sozialistische Arbeiterschaft aller Länder freut sich dieses herrlichen Sieges ihrer deutschen Genossen, in der Überzeugung, daß dieser machtvolle Erfolg auf das Fortschreiten des Sozialismus in den anderen Ländern befruchtend, belebend und anfeuernd wirken wird!

Der sozialdemokratische Wahlsieg ist um so erfreulicher, als er auf Kosten der Extremen von rechts und links, der Halbkreuzler und Kommunisten, errungen wurde. Bei den Wahlen im Mai konnten sich die Hitlerianer noch aufstun, als würden sie mit dem Maul die ganze Welt, zum mindesten ganz Deutschland, niederreißen. Sie sind von 32 Mandaten, und wenn man die 4 Deutschsozialen hinzurechnet, von 36 Mandaten auf ganze 14 heruntergerasselt! Unter der Führung

Lubendorffs, des Kriegsverlierers aus Talsen und Reigung, haben sie Verluste erlitten, daß es einen Hund erbarmen kann. Nach dem Madau, den die Gesellschaft schlug, hätte man meinen können, es stehe das halbe deutsche Volk hinter ihr, doch vermochte sie es schon im Mai nur auf einige Prozent der abgegebenen Stimmen zu bringen; diesmal wurde der lärmende Spuk gründlich abgetan. Wenn in Deutschland erst wieder geordnete Verhältnisse eintreten und die Erinnerung an die Poincarésche Gewaltpolitik verfliehet, werden auch die jetzt noch geretteten erbärmlichen Reste des Halbkreuzlernevals vom deutschen Volke auf den Rehrichthausen der Geschichte geworfen werden. Die schwarz-weiß-roten Stahlhelmsbrüder sind die Vorbilder unserer Nationalsozialisten, an dem Schicksal ihrer Kumpans in Deutschland können sie ihre eigene nähere oder fernere Zukunft ermessen. Der Nationalsozialismus ist das Produkt einer kranken Zeit, mit ihrer fortschreitenden Heilung wird auch das halbkreuzlerische Giftgeschwür verschwinden.

Schlecht sind auch die Kommunisten weggekommen. Ihre Mandatziffer ist von 62 auf 45 gefallen, ihr Verlust beträgt also 17 Mandate! Die 45 werden wohl noch stark genug sein, um im Reichstage ihre Pfeifen- und Trompetenkonzerter wiederholen zu können, aber kein Krakeel kann die Tatsache verschleiern, daß der Sowjetstern auch in Deutschland im Sinken ist und jene Arbeiterschichten, die auf den kommunistischen Nummern hinaufzogen, den verlogenen revolutionären Klamauk satt bekommen. All das blöde Geschimpfe auf die Sozialdemokraten hat den Sowjetgaulern nicht genügt, sie haben in manchen Wahlkreisen bis zur Hälfte ihrer Stimmen verloren. Daraus ist zu ersehen, auf welcher tönernen Füßen diese Partei ruht, die ihre Hauptaufgabe darin erblickt, der Sozialdemokratie Knäpkel zwischen die Füße zu werfen und der sozialen Reaktion Helfershelfer zu leisten. Ihr Mißerfolg wird ein weiteres zur Ernüchterung ihrer Anhänger beitragen, denn wie sollen diese an die scheinrevolutionäre Phrasologie dieser Partei glauben, wenn sie, wie in allen Ländern, so nun auch in Deutschland, sich im rapiden Niedergange zeigt. Die kommunistischen Rabulisten werden natürlich nicht müde werden, auch unter solanen Umständen zu beweisen, ihre Niederlage wäre eigentlich ein „Sieg“ und sie erzählen schon jetzt Märchen von 8000 eingekerkerten Kommunisten, aber was nützt das alles! Unzweifelhaft, klar und nicht mißzuverstehen, sprechen die Ziffern, und die belagen: die kommunistische Partei hat bei diesen Wahlen eine Million Wähler verloren! Eine Partei, welche jeden Augenblick von der Weltrevolution deklamiert und die in sieben Monaten eine Million Stimmen verliert, ist im unaufhaltsamen Niedergange begriffen!

So erfreulich die Niederlage der extremen Parteien und der durch die Wahlen herbeigeführte Rückwärtschritt ist, so kann nicht geleugnet werden, daß die Wahl kein restloses Bekenntnis der Mehrheit des deutschen Volkes zur Republik brachte. Eine Konsolidierung der innerstaatlichen Verhältnisse in Deutschland ist nur zum Teil, durch die Brechung des Einflusses der extremen Flügelparteien eingetreten, denn im bürgerlichen Lager sind keine durchgreifenden Veränderungen eingetreten und die Bildung einer tragfähigen republikanischen Regierungsmehrheit wird auf ernste Schwierigkeiten stoßen. Immerhin ist aber die Gefahr der Schaffung eines gegen

die Sozialdemokratie gerichteten „Bürgerblocks“ wesentlich geringer geworden. Doch für die Sozialdemokratie steht über dieser Schattenseite der Wahl ihr großartiger Wahlsieg, der dazu beitragen wird, ihre Kräfte zu stärken und ihre Zuversicht anzuspornen. Die Wahlschlacht ist

geschlagen, unsere Partei kehrt als Siegerin heim. Die deutsche Sozialdemokratie marschiert und die Hoffnung steigt, daß ihrem Teilsieg bald ein voller Endsieg folgen werde!

Das Ergebnis der Reichstagswahlen.

Der republikanische Gedanke siegreich. — Gewinne: Sozialdemokraten 31, Demokraten 4, Zentrum 4 Mandate. — Starke kommunistische Verluste. Die Böllischen erledigt.

Berlin, 9. Dezember. (Eigenbericht.) Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Staatsamtes dürfte sich der zukünftige Reichstag aus 493 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf die einzelnen Parteien:

Sozialdemokratische Partei	131 Mandate (früher 100)
Deutschnationale Volkspartei	108 „ („ 96)
Zentrum	69 „ („ 65)
Deutsche Volkspartei	51 „ („ 44)
Kommunisten	45 „ („ 62)
Demokratische Partei	32 „ („ 28)
Bayerische Volkspartei	19 „ („ 16)
Wirtschaftspartei	17 „ („ 10)
Nationalsozialisten	14 „ („ 32)
Landbund	8 „ („ 10)
Deutsch-Hannoveraner	4 „ („ 5)

Die sozialdemokratische Partei hat 7.859.433 Stimmen erhalten, die nächststärkste Partei der Deutschnationalen 6.180.000, und die Kommunisten 2.699.000 Stimmen.

Berlin, 8. Dezember 1924.
Der Wahlkampf zum Reichstag hat mit dem klaren und von keiner Seite zu leugnenden Siege der Sozialdemokratie geendet. Die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Partei ist seit dem 4. Mai d. J. von sechs auf 7,8 Millionen gestiegen, ihre Mandatzahl von 100 auf 130. Auch einige bürgerliche Parteien können einen Stimmenzuwachs verzeichnen; von den Linksparteien stiegen die Demokraten von 1,6 auf 1,9 Millionen, das Zentrum von 3,9 auf 4 Millionen; von den Rechtsparteien konnte die deutsche Volkspartei ihre Stimmen von 2,7 auf 3, die Deutschnationalen von 5,6 auf 6,1, die Wirtschaftspartei von 693.000 auf 995.000 Stimmen vermehren. Alle diese Parteien haben nur von der stärkeren Wahlbeteiligung profitiert; die Sozialdemokratie hat weit darüber hinaus an Stimmen und Mandaten zugenommen.

Die eigentlichen Leidtragenden sind die Böllischen und die Kommunisten. Bei der Lubendorffpartei gingen die Stimmen von 1,9 auf 0,9 Millionen zurück, bei den Kommunisten von 3,6 auf 2,6 Millionen. Dementsprechend war auch ihr Verlust an Mandaten; bei den Böllischen beträgt er 18 von bisher 32, bei den Kommunisten 17 von bisher 62. Diese beiden Parteien haben bisher, statt sachliche Arbeit zu leisten, Madau- und Prügelfestungen im Reichstag veranstaltet; künftig werden sie auch dazu nicht mehr in stande sein, denn der neue Reichstag, der sich wieder unter der Leitung unseres Genossen Loebbe stehen wird, dürfte sich wohl kaum noch Kindertrumpeten und ähnliche Scherze gefallen lassen. Böllische und Kommunisten werden dann jede Existenzberechtigung verloren haben.

Wie man auch das Ergebnis der Wahl betrachtet mag, ob vom Standpunkt der Republik oder vom Standpunkt der Arbeiterklasse, so ergibt sich doch jedesmal ein erfreuliches Bild. Die drei republikanischen Parteien, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten, haben ihre Mandatzahl von 193 auf 230, also um 37, gesteigert. Dagegen ist die Mandatzahl der sozialistischen Grundfählichen Gegner der Republik, Deutschnationale, Böllische, Landbund und Kommunisten von 200 auf 169, also um 31, zurückgegangen. Dazwischen sind allerdings noch jene Parteien, die aus sogenannten Vernunftgründen auf dem Boden der republikanischen

Verfassung stehen, wie die deutsche Volkspartei, die bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei; sie zählen rund 90 Mandate und werden sich auch künftig auf die Seite schlagen, von der sie sich die besten Erfolge für die hinter ihnen stehenden Interessentengruppen versprechen.

Wesentlich noch als die Stärkung des republikanischen Gedankens ist die Tatsache des Fortschreitens und der Festigung der Arbeiterbewegung, die die Wahl zeigt. Die Kommunisten verlieren rund 1,3 Millionen Stimmen; der sozialdemokratische Stimmengewinn beträgt aber etwa 1,8 Millionen, so daß die Sozialdemokratie nicht nur die von den Kommunisten abgewanderten Arbeiter an sich gezogen, sondern weit darüber auch auf jene Kreise wirkend hat, die in den Zeiten der Inflation dem Indifferentismus verfallen waren. Damit kennzeichnet sich auch die künftige Entwicklung in der deutschen Arbeiterbewegung: die kommunistische Partei wird auch zahlenmäßig zur Seite hinabsinken, nachdem sie sich praktisch schon dahin gewandelt hat, und mit der Rückkehr auch der anderen, im letzten Jahrzehnt in die Irre gegangenen Arbeiter, wird die deutsche Arbeiterklasse in der Sozialdemokratie die Rettung suchen, die fähig und willens ist, die Forderungen des Sozialismus durchzusetzen.

Bei der Betrachtung der Wahlergebnisse in den einzelnen Kreisen zeigt sich eine gewisse Verschiedenheit. In Groß-Berlin ist die Sozialdemokratie von 230.666 auf 362.377 Stimmen gestiegen, also um 132.000 Stimmen, oder mehr als 50 Prozent. Die Kommunisten sind zurückgegangen von 225.082 auf 214.188, also um 10.000 Stimmen oder fünf Prozent. Unser starker Wahlerfolg in der Reichshauptstadt darf uns nicht darüber hinwegsehen lassen, daß hier die kommunistische Bewegung scheinbar noch ungebrochen ist. Von diesem Schein darf man sich jedoch nicht täuschen lassen. Die Kommunisten haben in ganz Groß-Berlin nicht viel mehr als 10.000 organisierte Parteimitglieder, die sich noch dazu in unaufhörlichen Kämpfen untereinander befinden; in den Gewerkschaften ist ihr Einfluß fast ganz zurückgegangen. Die Berliner Kommunisten wurden aber von Moskau aus in verschwenderischer Fülle mit allen Hilfsmitteln für die Wahl versehen; nicht nur, daß der Rubel in großen Mengen rollte, auch der Zustrom von russischen Agitatoren, die allerdings hinter den

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Kf 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich 1924.

Stimmen arbeiteten, war außerordentlich stark. Auf der anderen Seite ist die sozialdemokratische Presse in Berlin nicht so weit verbreitet, daß sie alle Teile der Arbeiterschaft und ständig erfassen könnte. So erklärt es sich, daß in Berlin auch diesmal noch große Schichten des Proletariats den Lügen und Phrasen, den Verleumdungen und Beschimpfungen, mit denen die kommunistische Partei den Wahlkampf besetzt, zum Opfer fallen konnten.

Auch in Mitteldeutschland, der alten Hochburg der Kommunisten, ist die Entwicklung noch nicht zufriedenstellend. Hier haben zwar die Sozialdemokraten um etwa 25 Prozent zugenommen, die Kommunisten aber haben nur zehn Prozent ihrer bisherigen Stimmen verloren, so daß ihre Stellung noch immer stärker als die unfruchtbar ist. Die Gründe sind die gleichen wie in Berlin, und hier wird die Sozialdemokratie künftig auch besonders Gewicht auf die organisatorische Wiedergewinnung der Arbeiter legen müssen. Die Wähler, die in diesem Wahlkreis besonders herausfordernd auftreten, haben die Hälfte ihrer bisherigen Stimmenzahl eingebüßt.

Abgesehen von diesen beiden Wahlkreisen, in denen die Erfolge der Sozialdemokraten nicht ganz befriedigend, hat unsere Partei in allen anderen Bezirken eine geradezu stürmische Aufwärtsentwicklung genommen. Besonders erfreulich ist der Erfolg in Westdeutschland, wo wir unsere Stimmenzahlen in einer ganzen Reihe von Industrieorten bis zum Doppelten ihrer bisherigen Höhe hinaufstreifen konnten. Hier hat auch die kommunistische Partei die schwersten Verluste erlitten. Im Wahlkreis Köln-Aachen stieg unsere Stimmenzahl von 91.789 auf 139.488, die der Kommunisten ging zurück von 128.155 auf 79.459. Düsseldorf-Ost: Sozialdemokraten von 110.031 auf 153.690, Kommunisten von 241.254 auf 209.183. Düsseldorf-West: Sozialdemokraten von 73.184 auf 107.161, Kom-

munisten von 142.217 auf 95.594. Westfalen-Nord: Sozialdemokraten von 189.495 auf 220.281, Kommunisten von 102.725 auf 59.447. Westfalen-Süd: Sozialdemokraten von 205.430 auf 317.410, Kommunisten von 279.296 auf 155.390 Stimmen.

Sehr erfreulich sind auch die Stimmenergebnisse in Süddeutschland. In Oberbayern stiegen die sozialdemokratischen Stimmen von 127.973 auf 205.676, die kommunistischen Stimmen gingen zurück von 83.496 auf 60.192. In Franken erhöhte die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl von 258.175 auf 317.439, die kommunistischen Stimmen fielen von 67.851 auf 45.041. Auch in Sachsen, wo die Kommunisten die Differenzen in der Sozialdemokratie für ihre Agitation ausnützen suchten, konnte unsere Partei ihre Stimmenzahl wesentlich erhöhen, während die Kommunisten schwere Verluste erlitten. Ebenfalls sehr günstig für die Sozialdemokratie sind die Wahlergebnisse in Württemberg, Baden und Hessen.

Zusammenfassend kann man also feststellen: die sozialdemokratische Partei befindet sich wieder in lebhafter Aufwärtsentwicklung; mit der zunehmenden Befestigung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird es ihr möglich sein, auch diejenigen organisatorischen Grundlagen wieder zu schaffen, die in der Inflationsperiode zerstört wurden und die die eigentlichen Vorbedingungen für künftige noch größere Erfolge bilden. Wenn auch die Reaktion noch nicht soweit zurückgedrängt ist, daß jede weitere Gefahr für den Bestand der deutschen Republik beseitigt ist, so zeigt sich doch schon jetzt, daß sie ihren Höhepunkt überschritten hat. An der Arbeiterklasse liegt es nun, durch die vollständige Wiederherstellung ihrer organisatorischen Einheit nicht nur die äußere Form der Republik zu erhalten, sondern sie auch endlich mit sozialem Geist zu durchdringen, sie zur Trägerin der sozialistischen Gedanken zu machen.

rischen Volkspartei: Leicht, Graf Berchthold, Emminger. Von den Nationalsozialisten: Ludendorff und Graefe.

Die künftige Regierungsbildung

Berlin, 9. Dezember. (Eigenbericht.) Die bürgerliche Presse befaßt sich bereits ausführlich mit den Möglichkeiten der Regierungsbildung. Während die Rechtspresse die Bildung eines Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie fordert, um deren weiteres Wachsen zu verhindern, wird von den Demokraten die Herstellung einer großen Koalition gefordert, also einer Regierung von Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei und Zentrum, welche eine erhebliche Mehrheit im Reichstag hätte. Es ist anzunehmen, daß zunächst einmal das bisherige Reichskabinett bestehen bleibt und erst nach einer mit dem Reichspräsidenten zu vereinbarenden Frist zurücktreten wird. Der Reichspräsident wird dann eine Persönlichkeit damit betrauen, eine neue Regierung zu bilden.

Die Sozialdemokratie hat sich mit diesen Dingen natürlich noch nicht beschäftigt, ihr Ziel ist nicht die Teilnahme an der Regierung, sondern die Erlämpfung größerer Rechte für die arbeitende Bevölkerung.

Zusammenstöße.

Berlin, 8. Dezember. (Wolff.) In der Nacht auf Sonntag kam es an einigen Stellen Großberlin zwischen Angehörigen der verschiedenen Parteien zu Zusammenstößen, so im Osten Berlins zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten; in Wilmersdorf zu einer Schlägerei zwischen Reichsbannerleuten und Deutschnationalen; in Lichtenberg griffen Mitglieder des „Roten Frontkämpferbundes“ eine Reiterkolonne des Reichsbanners an, wobei mehrere Schüsse fielen und zwei Reichsbannerleute leicht verletzt wurden. In diesem Falle wurden vier verdächtige Personen festgenommen.

Überfall auf das Gewerkschaftshaus in Halle.

Halle a. d. Saale, 7. Dezember. (Wolff.) Heute nachmittag kam es hier zu einem Zwischenfall. Um 3 Uhr fuhr ein schwarzer-gold geschmückter Lastauto beim Gewerkschaftshause vor; die Insassen überfielen zunächst ein schwarz-rot-gold geschmücktes Propaganda-Automobil, stürmten hierauf das Gewerkschaftshaus, zertrümmerten die großen Spiegeltüren und demolierten alles Erreichbare. Das Überfallkommando war bald zur Stelle und drängte die Angreifer ab.

Hakenkreuz, ade!

Eines der sinnfälligsten und zugleich erfreulichsten Merkmale der deutschen Wahlen vom 7. Dezember ist die katastrophale Niederlage der hakenkreuzerischen Bewegung. Die Helfershelfer der Reaktion, die Knüppelhelden des Nationalismus und des verkappten Monarchismus, die wütendsten Feinde des Sozialismus, stehen nach dieser Wahl da als ein lächerlich kleines Häuflein, dessen heute nur mehr tomsche Wirkung dadurch noch erhöht wird, daß an ihrer Spitze Ludendorff einherreitet, zum dritten Male geschlagen. Der Schlachtenverklierer des Weltkriegs, der blamierte Heerführer der Münchener Vierputzisten, hat sich nunmehr auch im demokratischen Wahlkampf die ihm gebührenden Lorbeeren geholt.

In der Geschichte der Parteien steht Werdegang und Ruin dieser Bewegung wohl vereinzelt da: mit ehernen Schritten, mit einem Lärm, der das Unterste zu oberst kehren wollte, sind die Mannen Hitlers und später Ludendorffs, vor nicht viel länger als einem Jahre in die politische Arena getreten. Die Zeit des tiefsten Unglücks für das deutsche Volk war ihre Gelegenheit, an die Macht zu gelangen, die sie zu Deutschland und der Arbeiterklasse Verderben ausbreiten wollten. Was ist heute da das Deutsche Reich aus seiner schwersten Erniedrigung nur ein wenig sich erheben hat, von all den Hoffnungen der „Völkischen“ geliebt? Ein Trümmerhaufen, auf dem ein Jammer mit Medaillen geschmückt, Marius Ludendorff sitzt, nur daß er, anders als sein Kollege aus dem Altertum, vorwiegend auf die Lachmuskeln der Beschauer wirkt.

Schon bei den Wahlen haben die Nationalsozialisten im ganzen Reich, einschließlich ihrer Domäne Bayern eine schwere Niederlage erlitten, obwohl sich damals das deutsche Volk noch nicht vom Rechtskurs befreit hatte.

Der 7. Dezember aber enthüllte vollends die Katastrophe, in die die Nationalsozialisten rettungslos stürzen. Im alten Reichstag hatten die Nationalsozialisten 32, zusammen mit den 4 Deutschnationalen, 36 Mandate. Diese Deutschnationalen hat die sonntägige Wahl überhaupt vertilgt. Und von den insgesamt 36 Mandaten, die die Völkischen bisher innehatten, bleiben ihnen jetzt sage und schreibe vierzehn. Der kleine Haufen ist auf weit weniger als die Hälfte zusammengequetscht worden, nicht einmal mehr drei von hundert Wählern zeigten sich entschlossen, das Hakenkreuz noch ein Weilchen auf sich zu nehmen. 14 von 498 bilden die Ludendorffler im neuen Reichstag — sie werden also doch ungefähr die Rolle von „Wilden“ spielen. Aber die Hervorkehrung der anderen, für nationalsozialistische Schlagringpolitiker passenden Bedeutung wilder Abgeordneter, wird dem verlassener Duzend unmöglich gemacht werden.

Die Nationalsozialisten haben, das gibt dieses Wahlergebnis sonnenklar zu erkennen, im deutschen Volk vollkommen abgewirtschaftet. Selbst in München, das sie und von wo aus sie Deutschland auf den Kopf stellen wollten, laufen nur mehr ein paar wenige Musterexemplare herum, deren Ueberführung in ein politisches oder auch kulturhistorisches Museum nicht mehr im Wege steht. Das Münchener Stadtparlament, das am Sonntag auch neu gewählt wurde, stellt derzeit noch drei Hitleristen zur Schau.

Wie jagte doch „unser“ Knirsch, der Führer der heimischen Hakenkreuzler, im Mai dieses Jahres in seiner Brüger Rede? Die völkische Bewegung hat sich draußen, also sagte er wörtlich, „wie ein mächtiger, breiter Strom über die Lande ergossen und alles mit sich fortgerissen“. Ein Bächlein war's das Herr Knirsch damals sah und inzwischen ist auch das versiegt. Heute könnte er, mangels zutreffender geographischer Bezeichnung die geronnene Bewegung höchstens noch mit einer Bülbe vergleichen. Wo sind die „Massen“, die Herr Knirsch damals „unter die entfalteten Banner strömen“ sah, wie, wie ganz anders, gestaltete sich die „ungeheure innere Wandlung“, die „tinnere Erneuerung“, das „völkische Erwachen“! Die Sozialdemokratie muß vernichtet werden — so schrie erst vor einigen Tagen wieder der „Tag“. Die deutschen Wahlen zeigen, daß da ein Frosch den Löwen angequatscht hat. Denn die zu vernichtende (eigentlich ja längst und hundertmal vernichtete) Sozialdemokratie hat die Kleinigkeit von ein- und dreißig Mandaten hinzugewonnen, fast acht Millionen Wähler haben ihre Stimme für den gottverfluchten Marxismus abgegeben — wie gewaltig reden sich doch neben diesen hundert- und dreißig Sozialdemokraten die vierzehn erwachten Völkischen empor!

Führer, in Deutschland hat es gedämert. Der Spud, der das deutsche Volk ein paar Monate nartte, ist verslogen, die deutsche Arbeiterschaft hat den Schädling zu ihrer Rechten ganz gehörig an die Wand gedrückt. Die Faulpilze, die in Sumpf und Verfall zu wuchern begannen, sterben ab, da Luft und Boden wieder rein werden. Als die innere wie die äußere Lage Deutschlands zum Berzweifeln stand, damals konnten sich die nationalsozialistischen, nationalsozialistischen Giftblüten entwickeln. Jetzt ist es mit ihnen vorbei, nur in den Niederungen noch können sie ein bedeutungsloses Scheinleben führen.

Herr Knirsch hat jetzt Anschauungsunterricht genossen, nun weiß er, wie der mächtige, breite Strom aussieht, den der Nationalsozialismus bildet. Und nun sieht es auch die deutsche Arbeiterschaft in den Sudetenländern, welche Zukunft dem Banner beschieden ist, auf dem das Hakenkreuz steht. Auch bei uns. Denn nur solange die tschechische Unterdrückungspolitik dem deutschen Nationalismus die Segel bläht, nur so lange kann es dieser schwindelhaften „Arbeiter“-Partei gelingen, ein paar tausend Geblendeteter und Berzweifelter zu sich hinüberzuziehen — zum Schaden der Arbeiterschaft, ein Gemmiss für deren Befreiung. Fällt aber der Nationalismus auf der anderen Seite, wird Raum für das Verständnis zwischen tschechischem und deutschem Proletariat, ja erkennt nur die gesamte deutsche Arbeiterschaft die Notwendigkeit dieses Verständnisses, so geht der Nationalsozialismus auch hier die Straße des Untergangs. Und das Beispiel des reichsdeutschen nationalen Sozialismus, der seine Kraft von Poincaré lieh, aber schon beim Morgenrot der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich elend zusammenbrach, wird seine Wirkung auf das deutsche Proletariat in der Tschechoslowakei nicht verfehlen. Sie werden jetzt erkennen, welches Glück es für die reichsdeutsche Arbeiterschaft ist, daß sie imstande war, den Diktator Ludendorff und die Primadonna Hitler von den Brettern herunterzuholen, und werden demnach auch nicht ermangeln, den Volksführern Jung und Krebs ein ähnliches Schicksal zu bereiten.

Die Wahlen zum Preussischen Landtag.

Berlin, 8. Dezember. Gleichzeitig mit der Reichstagswahl wurde auch die Wahl zum Preussischen Landtag vorgenommen. Der Landtag war im Jahre 1920 gewählt worden, und so kommt es, daß der neue Landtag gegenüber dem bisherigen nicht einen Rud nach links darzustellen scheitert wie der neue Reichstag, sondern eher einen Rud zum Radikalismus und zur Demo. Aber natürlich ist das nur scheinbar: wäre der Landtag im Mai neugewählt worden, würde sich das gleiche Bild zeigen wie bei den Reichstagswahlen. Er erhielten: Sozialdemokraten 114 (im Jahre 1920 136), Deutschnationale 109 (77), Zentrum 81 (79), Kommunisten 44 (27), Deutsche Volkspartei 45 (57), Nationalsozialisten 11 (0), Deutsche Demokraten 27 (26), Wirtschaftspartei 11 (4), Deutsch-Kommunisten 11 (3), nationale Minderheiten 2 (0) Mandate.

Die Regierung der großen Koalition in Preußen, die seit Jahren besteht und in der im Gegensatz zum Deutschen Reich die Deutsche Volkspartei verhältnismäßig anständig die entscheidenden republikanische Politik der sozialdemokratischen Minister mitmacht, hat auch weiter eine Mehrheit. Allerdings ist sie nicht mehr so übermächtig stark, wie sie gewesen ist. Der „Vorwärts“ meint in seiner heutigen Abendausgabe und hebt diese Stelle besonders hervor, daß die Entwicklung der Dinge in Preußen stark ins Reich hinüber wirken wird. Das soll offenbar eine Andeutung sein, daß man in Preußen etwa die Deutsche Volkspartei und der rechte Flügel des Zentrums verdrängen würden, die Sozialdemokratie aus der Regierung ausschließen, dann natürlich auch die gestärkte Fraktion des Reichstages zu einer entsprechenden Haltung gegenüber einer Regierung der bürgerlichen Mittelklassen gelangen würde.

Bei der Neuwahl des hessischen Landtages erhielten die Sozialdemokraten 25 Mandate gegenüber 24 bei den Wahlen im Jahre 1921. Die Deutschnationalen 5 (gegen 3), das Zentrum 11 (gegen 13), die Kommunisten 4 (gegen 2), Deutsche Volkspartei 9 (10), Nationalsozialisten 1 (0), Demokraten 6 (5), Hessischer Bauernbund 12 (11).

Bei den Neuwahlen der Bremer Bürgererschaft erhielten die Sozialdemokraten 47 Mandate gegenüber 51 bei den Wahlen im Jahre (1921) die Deutschnationalen 12 (8), Volkspartei 26 (29), Kommunisten 18 (6), Demokraten 16 (21), Nationalsozialisten 7 (0), Hausbesitzer 3 (0), Zentrum 2 (2).

Die Wahlen zum braunschweigischen Landtag.

Braunschweig, 8. Dezember. Die gestrigen Landtagswahlen hatten folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 105.626 Stimmen (18 Sitze), Deutschnationale 58.494 (10), Zentrum 4782 (0), Kommunisten 3.123 (2), Deutsche Volkspartei 41.784 (10), Wirtschaftspartei 24.287 (4), Welfen 9026 (1), Unabhängige Sozialdemokraten 1787 (0). Der Bürgerblock (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Welfen und Zentrum) hat mit 25 Sitzen die absolute Mehrheit im Landtag.

Ein glänzender Sieg in München.

Die Hakenkreuzler verlieren in München und Nürnberg 80.000 Stimmen.

München, 8. Dezember. (Süddeutsches S. S. Korrespondenzbüro.) Das Wahlergebnis für München stellt sich nach amtlicher Mitteilung wie folgt:

dar: Sozialdemokraten 84.359 (47,263) Stimmen, Deutschnationale 71.898 (35,060), Kommunisten 37.204 (45,331), Deutsche Volkspartei 10.251 (30,55), Völkischer Block 30.508 (81,887), Demokraten 14.884 (77,85), Bayerische Volkspartei 79.153 (58,740), Bayerischer Bauernbund (Mitte standsbund) 15.145 (21,87) Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 14.155 (—), Unabhängige Sozialdemokraten 804 (1373). Die Wahlbereitschaft betrug 80,22 Prozent.

Die Sozialdemokraten haben also 37.094 Stimmen gewonnen! Die Hakenkreuzler haben 49.879 Stimmen verloren.

Einzelresultate.

Das Wahlergebnis in Berlin.

Die Wahl hat folgendes Ergebnis gebracht:

Sozialdemokraten	362.377
Deutschnationale	244.788
Zentrum	45.491
Kommunisten	214.138
Deutsche Volkspartei	54.770
Nationalsozialisten	17.550
Demokraten	113.141
Wirtschaftspartei	35.129

Leipzig, 8. Dezember. (Wolff.) Gesamtergebnis des Wahlkreises 29: Zahl der abgegebenen Stimmen: 724.841. Davon erhielten: Die sozialdemokratische Partei 258.304 (211.834), Deutsche Volkspartei 134.773 (115.936), Deutschnationale 133.979 (126.058), Kommunisten 91.041 (109.646), Demokraten 56.170 (50.418), Wirtschaftspartei 17.859 (keine Vergleichsiffer), Nationalsoziale 13.267 (15.317), Zentrum 4964 (3320) und Unabhängige 6100.

Leipzig, 8. Dezember. Gesamtergebnis für die Stadt Leipzig Sozialdemokraten 141.819 (113.658), Deutsche Volkspartei 85.719 (75.019), Kommunisten 51.276 (58.937), Deutschnationale 51.196 (47.804), Demokraten 31.277 (26.424), Nationalsozialisten 8306 (36.601), Zentrum 3418 (2504).

Nürnberg, 8. Dezember. (Wolff.) Bei den Reichstagswahlen erhielten: Sozialdemokraten 87.212 (71.851), Deutschnationale 34.503 (15.281), Kommunisten 15.701 (28.069), Deutsche Volkspartei 2474 (9171), „Aufgehobene“ Partei 14.161 (7846), Bayerische Volkspartei 16.112 (13.965), Völkischer Block 22.797 (54.461), Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund 37, Mittelstandsbund 13.680 Stimmen.

Gewählte.

Berlin, 8. Dezember. (Wolff.) Unter den in den Reichstag Gewählten befinden sich (ohne Berücksichtigung der Reichstagsmitglieder von den Sozialdemokraten: E. Thälmann, Henning, Loebe, Crispian, Severing, Zöllner, Kasper, Frau Tony Cenciers, Lech, Häfner, Brecht, Berthold, Gildbrand und Sed. Von den Deutschnationalen: Admiral v. Topp, Bismard, Berg, Westart, Hoch, Baderren, Supperberg, Wolff, Bo. Zentrum: Jec. Reichsanwalt Dr. Marx, die früheren Reichsanwälte Lehrenbach und Dr. Wirth, Stegenwald, Höke, Giesberts. Von den Demokraten: Bernstorff, Dernburg, Bah, Schilling, Georg Bernhard ist nicht gewählt. Von der Deutschen Volkspartei: Stresemann, Dr. Curtus, Scholz, Heine, Konrad, Brünninghaus. Von den Kommunisten: E. Höhn, Arenen, Höllein, Roemmel, Scholten, Frau Goltz. Von der Bay-

Nachlänge zum Streit um das „Lidovij Dum“.

Sitzung des Senats.

Prag, 9. Dezember. Der heutige Senats- sitzung lag Bericht des Budgetaus- schusses über den Staatsvoranschlag vor, in dessen Beratung das Senatsplenum mit 7 gegen 3 wölft Uhr mittags eintraten wird. Die Debatte soll die morgige Mittwochsitzung, sowie den Donnerstag und Freitag aus- füllen.

In der heutigen Sitzung wurde der Bericht des Budgetauschusses über den Rechnungs- abschluß des Obersten Kontrollrats für das Jahr 1922 und das Jahr 1923 zur Kenntnis ge- nommen. Der Rest der Sitzung war von einer Immunitätsaffäre Dr. Soukup's in Anspruch genommen. Der Disziplinar der Ad- vokaten Böhmens fordert die Auslieferung Dr. Soukups. Das Gesuch hat der Advokat Dr. Ka- la bis überreicht und die Ursache dieses Streites

ist in dem bekannten Kampf um das tschechisch- sozialdemokratische Volkshaus zu suchen. Die tsche- chische sozialdemokratische Partei hatte 730.000 K auf ein Einlagbuch bei der allgemeinen Arbeiter- spartasse, deren Vorsitzender Dr. Soukup war, ein- gelegt. Ein gewisser M a l i z überreichte die Klage auf Auszahlung von 600.000 K über die diesem Be- trage, aber die Klage mußte zurückgenommen wer- den, weil der vorgeschobene Kläger nach einer Un- terredung mit Dr. Soukup es ablehnte, den Kon- flikt gerichtlich auszutragen. Das Einlagbuch, das auf den Namen Dr. Soukup's lautete, wurde im Dezember 1920 von einem un- bekannten Täter aus der Kasse der sozialdemokratischen Partei in Prag entwendet. Das Einlagbuch war niemals persönliches Eigentum des Dr. Soukup, der es auch nicht bei der Konfiskation seines Ver- mögens anmeldete. Als Dr. Soukup bei der Spar- tasse die Auszahlung des Geldes forderte, lehnte dies die Spartasse ab, weil das Einlagbuch für die sozialdemokratische Partei vinkuliert war, mit der Bemerkung, daß ohne Zustimmung des Voll-

zugsausschusses der Partei niemandem Beträge auf dieses Einlagbuch ausgezahlt werden dürfen. Dr. Soukup, vertreten durch Dr. Kalabis, überreichte nun selbst die Klage. Seine Klage wurde vom Handelsgericht abgelehnt, aber das Oberlandes- gericht hob das Urteil der ersten Instanz auf und ordnete ein neues Verhör an. Hiezu kam es nicht, weil die ganze Sache mit Zustimmung der litigierenden Partei liegen gelassen wurde. Dr. Soukup wurde in contumaciam verurteilt. Dieses Urteil ist in Rechtskraft und Dr. Soukup verfügt also nicht über das Eigentumsrecht an dem Einlagbuch. Als Dr. Kalabis sah, daß alle seine Versuche, das Einlagbuch in die Hand zu bekommen, mißlungen sind, überreichte er gegen Dr. Soukup die Disziplinaranzeige. Der Immu- nitätsausschuß des Senats ist nun der Ansicht, daß Dr. Soukup in dieser Sache nicht als Rechts- vertreter, sondern als Vertreter der besagten Partei gehandelt hat und daß es sich um einen Streit mit rein politischem Hintergrund handelt. Der Senat beschloß demgemäß die Nichtaus- lieferung Dr. Soukups.

Der Gewerkschaftskongreß steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß eine zweckentsprechende Arbeitslosenfürsorge nur auf der staatlichen Pflichtenübernahme aufgebaut sein kann, und daß Staat und Gesellschaft für den ausreichenden Schutz der Existenz des arbeitslosen Arbeiters zu sorgen haben. Die Einführung der gesetzlichen Pflichtversicherung zur Unterstützung arbeitsloser wurde abgelehnt und an deren Stelle wurde das Gesetz, Gewährung des Staatsbeitrages zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung beschlossen, welches die Regierung mit 1. April 1925 unter Aufhebung des alten Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung in Wirksamkeit setzen will. Da die Wirksamkeit des Gesetzes der Gewährung des Staatsbeitrages zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung nach 1. April 1925 beginnen soll, stellt der Gewerkschaftskongreß an die Regierung zur Einführung dieses Gesetzes nachstehende Forderungen:

1. Allen jenen Arbeitslosen, die mit 1. April 1925 noch arbeitslos sind, ist durch den Staat die Arbeitslosenunterstützung bis zum Ausmaße der gesetzlichen Unterstühtungsdauer weiter zu gewähren. Arbeitslose, die nach dem 1. April 1925 arbeitslos werden und unterstützungs- berechtigte Mitglieder der Gewerkschaft sind, erhalten die Arbeitslosenunterstützung einschließlich des Staatsbeitrages durch die Gewerkschaften aus- gezahlt.

2. Der Staatsbeitrag ist nach der Dauer der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Gewerkschaftsmitglieder nach § 7 des Gesetzes, Abs. 4, entsprechend zu erhöhen.

3. Den Gewerkschaftsverbänden ist ein ein- maliger Anschaffungsbeitrag in der Höhe von 2 K pro Mitglied nach dem Stand der Mitgliedschaft vom 1. Jänner 1924 durch den Staat zu gewähren, damit die Ausgaben für die notwendigen Verwaltungseinrichtungen für diesen Unterstühtungszweig gedeckt werden können. Für die laufenden Verwaltungskosten ist den Ge- werkschaftsverbänden von der Höhe des ausgezahlten Staatsbeitrages ein Verwaltungsbeitrag von zehn Prozent durch den Staat zu zahlen.

4. Die benötigten amtlichen Druck- sorten sind den Gewerkschaftsverbänden durch den Staat unentgeltlich und durch Vermittlung ihrer Gewerkschaftszentralen zu verabfolgen. Die Her- stellung der Drucksorten hat durch den deutschen Gewerkschaftsbund für alle ihm angeschlossenen Verbände zu erfolgen und sind die Ausgaben für die amtlichen Drucksorten dem deutschen Gewerkschaftsbund durch die Staatskasse zu vergüten.

5. Bei größerer Arbeitslosigkeit ist dem Arbeitslosen nach Erschöpfung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung der Staatsbeitrag weiterzugewähren, wenn nachgewiesen wird, daß es dem Arbeitslosen unmöglich war, eine Arbeit zu finden, oder ihm eine Arbeit, die seinen Lebensunterhalt sichert, nicht zugewiesen werden konnte.

6. Den Saisonarbeitern ist der Staats- beitrag in gleicher Höhe und in derselben Bezugs- dauer wie den übrigen Gewerkschaftsmitgliedern zu gewähren.

7. Den Gewerkschaftsverbänden sind durch den Staat zur laufenden Auszahlung der Unterstützung und des Staatsbeitrages entsprechende Vor- schüsse für die Arbeitslosenklasse zu gewähren, damit die Auszahlung der Unterstützung an die Arbeitslosen mit dem zur Verrechnung des Staatsbeitrages bis zum Ermöglicht wird.

8. In der Zeit schwerer Wirtschaftskrisen und großer Arbeitslosigkeit, wo die Mittel der Arbeits- losenunterstützung nicht mehr ausreichen, sind durch den Staat Darlehen an die Arbeits- losenklasse zu gewähren, damit in der Aus- zahlung der Arbeitslosenunterstützung keine Unter- brechung eintritt.

9. Für die dreimal wöchentliche Kontroll- meldung des Arbeitslosen ist das zuständige Gemeindeamt oder die sachliche Arbeitslosenver- mittlung des Arbeitslosen zu bestimmen.

10. Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunter- stühtung durch die Betriebe an minderbefähig- te Arbeiter, vorläufig bis zum Ende des Jahres 1925.

Nach Erledigung geschäftlicher Mitteilungen werden die Sonntagsgespräche geschlossen.

Der Karlsbader Gewerkschaftskongreß.

Zweiter Verhandlungstag (Sonntag).

Am zweiten Verhandlungstage erstatteten die Funktionäre der Zentralgewerkschaftskommission ihre

Berichte.

In seinem allgemeinen Bericht wies Gen. Ma- cou n darauf hin, daß die allgemeine Weltwirt- schaftskrise und die besondere tschechoslowakische Krise Abwehrkämpfe der Gewerkschaften auf der ganzen Linie zur Folge hatte. In zahl- losen Beratungen und Konferenzen wurden die Richtlinien festgelegt, nach denen diese Kämpfe zu führen waren. Für die Lohnpolitik der Ge- werkschaften sind in der Krise neue wertvolle Erfahrungen gesammelt worden. In ganz anderer Weise als früher erfordert jeder größere Streit die Mitwirkung der Gesamtorganisation der Ge- werkschaften. Auch der Kampf um den Acht- stundentag mußte geführt werden. Schon im Vorjahre versuchten die Unternehmer durch ein raffiniertes Überstundenverbot den Achtstun- dentag zu durchbrechen. Angesichts dieser Bestrebun- gen muß die Parole des Gewerkschaftsbundes sein,

Hände weg, von der 48-Stundenwoche!

Gen. Macoun bespricht sodann die vielseitige Tätigkeit der Gewerkschaftskommission in bezug auf das Betriebsauschüßwesen, die Arbeitslosen- fürsorge, der sozialpolitischen Gesetzgebung, bei welcher legerer stets mit dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten Führung ge- nommen wurde, und wendet sich der Tätigkeit der Kommunisten auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung zu. Die bolschewistische Praxis auf dem Gewerkschaftsgebiete ist ein sonderbares Gemisch von überlebtem Anarchismus und Syn- dicalismus. Das Schicksal der kommunistischen Partei erfüllt sich wahrhaftig rasch. Eine Be- wegung, die auf Unwahrscheinlichkeit aufgebaut, auf der Zerschlagung der Arbeiterbewegung ihren Bestand begründet hat, mußte in diese Zerschlagung selbst rasch verfallen. Die Gewerkschaften standen vor der Entscheidung, ob sie, wenn auch ge- schwächt, weiterexistieren oder um sie zur Gänze zum Experimentierfeld der Kommunisten werden wollten. Wir haben uns für den ersten Weg entschieden. Wir haben dadurch Klarheit zu jener Zeit geschaffen, wo es noch möglich war, das zu vermeiden, was anderwärts geschehen ist, daß nämlich ganze Verbände den kommunistischen Gewerkschaftsgrundrissen zum Opfer gefallen sind. Die Gewerkschaftsbewegung wird lange brauchen, um die Folgen der Tätigkeit der Kommunisten zu überwinden.

Die Politik der Einheitsfront, wie sie die Gewerkschaften zur Wiedergeburt verholfen.

Die besten Vorbereitungen zur Verwirk- lichung der Einheitsfront bestanden 1919 und 1920, da in den deutschen und tschechischen Ge- werkschaften der größte Teil der Klassenbewußten Arbeiterschaft dieses Landes organisiert war. Redner bespricht dann noch Fragen der Organisa- tion und Bildung und schließt damit, daß der Gewerkschaftsbund mit Steifigkeit gearbeitet hat. Wir haben die Zuversicht, daß unser Weg wieder langsam hinaufführt. Vor 20 Jahren hat in trüber Zeit Victor Adler das Wort geprägt: Hinein in die Organisation! Dieses Wort ist auch eine Parole für uns. So sind es die Verhältnisse, die uns zuzurufen: Zu neuen Ufern lodt ein neuer Tag!

Den Bericht über die „Gewerkschaft- liche Rundschau“ erstattet Gen. Schäfer. Auch das Organ des Gewerkschaftsbundes hatte unter den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden. Redner verweist darauf, daß sowohl die deutschen als auch die österreichischen Gewerkschaften sich in den letzten Jahren wissenschaftliche Organe geschaffen haben. Zu einer ähnlichen Schöpfung sind unsere Gewerkschaften zu sein. Wir müssen Trachten für unser Organ Mitarbeiter aus allen Gewerkschaften zu gewinnen, die uns über das innere Leben in den Verbänden berichten.

Kamens der Kontrolle beantragt Gen. Ueferer, der Zentralgewerkschaftskommission die Besetzung zu erteilen. Dieser Antrag wird ein- stimmig angenommen.

Der Antrag der Kreisgewerkschaftskommission

von Reichenberg auf Herausgabe einer Ar- beiterrechtsbeilage der „Gewerkschaft- lichen Rundschau“ wird der Gewerkschafts- kommission zugewiesen.

In dem folgenden einstimmig angenom- menen Entschluß wird zum Verichte der Kom- mission folgendermaßen Stellung genommen:

Die auf dem zweiten Kongreß des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei ver- sammelten Vertreter der angeschlossenen Ver- bände nehmen den Bericht der Zentralgewerkschaftskommission über die in den verflochtenen vier Jahren geleistete gewerkschaftliche Arbeit mit Be- friedigung zur Kenntnis. Sie erklären, ihre Wohl- liebteinstimmung mit den angewandten Methoden im Kampfe für die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation und stimmen rückhaltlos den Abwehrmaßnahmen zu, die rechtzeitig und mit der nötigen Entschiedenheit gegen die bolschewistischen Eingriffe in das Eigen- leben der freien Gewerkschaftsbewegung unter- nommen wurden.

Der Gewerkschaftskongreß billigt die Haltung des Gewerkschaftsbundes gegenüber allen Zer- setzungsbestrebungen und den wiederholten kom- munistischen Anbiederungsversuchen, die unter dem Schlagwort der Aufrichtung der Einheitsfront nicht anders bezweckt, als die Gewerkschaft der Politik der bolschewistischen Internationale dienst- bar und unfrei zu machen und sie in unverantwor- tliche und abenteuerliche Handlungen zu verstricken. Nur frei und unabhängig in ihren Entscheidungen können die Gewerkschaften der Arbeiter und Ange- stellten ihren Zweck erfüllen und den Aufgaben entsprechen, vor die sie gestellt sind. Daher er- wartet der Gewerkschaftskongreß von den Mit- gliedern der im deutschen Gewerkschaftsbunde ver- einigten Organisationen, daß sie an den erprobten Grundrissen der freien Gewerkschaftsbewegung fest- halten, alle kommunistischen Anschläge zurückweisen und auf diese Art dazu beitragen, die wirtschaft- liche Kampftätigkeit der Arbeiter und Angestellten zu steigern.

Der Leitung des deutschen Gewerkschaftsbundes spricht der Kongreß das vollste Vertrauen an.

Hierauf geht der Kongreß in die Beratungen über die

Arbeitslosenfürsorge

ein. Der Referent, Gen. Roscher, verweist einleitend auf die ungeheure Bedeutung, welche dieser Frage in den letzten Jahren gewonnen hat. Hunderttausende von Arbeitern sind arbeitslos und aller Existenzmittel entblößt worden. Für die Gewerkschaften ist die Arbeitslosenunterstützung kein neues Problem. So lange die freien Gewerkschaften bestehen, haben sie den Kampf um eine gut ausgebaute Arbeitslosenfürsorge geführt. Die Gewerkschaften haben die Voraussetzungen für alle staatlichen Einrichtungen auf diesem Gebiete Schritt für Schritt vorbereitet müssen. Die wilde Jagd nach Profit ist das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Entwicklung. Der Kapitalismus trägt stets, auch wenn er sich im Aufschwunge befindet, den Keim neuer Wirtschaftskrisen in sich. Schon zu einer Zeit, da der Staat überhaupt nicht daran dachte, haben die Gewerkschaften die Arbeits- losenunterstützung eingeführt. Sie waren die Schrittmacher der staatlichen Arbeitslosenunter- stühtung, so wie sie die Bahnbrecher für jeden Ar- beiterkampf gewesen sind. Die Kapitalistenklasse hat die Arbeitslosenunterstützung als eine Prämie für die Faulheit betrachtet, denn sie hat ein Inter- esse, die Reservearmee der Arbeiter ohne aufrecht- zuerhalten, um die Löhne der Arbeiter herabzu- drücken.

Die Arbeitslosenunterstützung war nach dem Kriege ein Schutz der kapitalistischen Klassen vor den Arbeitslosen. Nicht Humanität hat den Staat dazu bewogen, sondern die Furcht der Erschütte- rung seiner Existenzgrundlagen.

Die Behandlung der Arbeitslosen in diesem Staate

hat das soziale Verständnis bei jenen vermessen lassen, denen die Sorge um die Arbeitslosen an- vertraut war. Das erste Gesetz über die Arbeits- losenunterstützung wurde fortwährend ver- schlechert, eine Verordnung jagte die andere, ein Erlass kam nach dem anderen heraus. Keine Be-

hörde — auch das Ministerium für soziale Für- sorge nicht — wußte, was noch Gesetz sei oder nicht. Ein Zustand völliger Verwirrung trat ein. Der Staat hat die Altersversicherung so aufgeschu- telt, daß er die alten Arbeiter aus der Arbeitslosen- unterstützung hinauswarf. Eine alte baufällige Hütte, ja eine Hütte genügt, um einem Arbeiter die Unterstützung abzukerkern. Die Saison- arbeiter hat man überhaupt ohne Unterstützung gelassen, ganze Bezirke hat man aus der Unter- stühtung herausgenommen, die Unterstützungssätze hat man herabgesetzt. Die

vierjährige Periode der Qual der Arbeitslosen

hat an die Gewerkschaften ungeheure Aufgaben gestellt. Zahllosen Interventionen bei der Regie- rung, ungezählte Eingaben, festgesetzte Mißstände in einzelnen Fällen behoben.

Von dem bestehenden Arbeitslosenunter- stühtungsgesetz ist nichts vorhanden. Wir haben nur noch zwischen zwei Uebeln zu wählen: Entweder wir lassen das alte Gesetz weiterbestehen oder wir müssen zum Gesetz über die Staatszu- schüsse zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunter- stühtung greifen. Das letztere ist das kleinere Uebel. Da werden die Arbeiter wenigstens etwas bekommen, während sie jetzt vor dem Nichts stehen. Es sind jedoch eine Reihe von Vorbedingungen vorhanden, damit es den Gewerkschaften möglich gemacht wird, auf Grundlagedes Gesetzes die Auszahlung zu übernehmen.

Die Durchführung des Gesetzes wird an die Gewerkschaften große Anforderungen stellen. Wir müssen zeigen, daß wir reif sind, gut zu verwalten. Das erfordert das Ansehen unserer Gewerkschafts- bewegung.

Wir müssen ununterbrochen, mit aller Kraft, die Arbeitslosigkeit bekämpfen, bis wir imstande sind eine solche Ordnung aufzurichten, in der es keine Arbeitslosen gibt.

Der Referent schlägt dem Kongreß folgende Reso- lution vor:

Der Gewerkschaftskongreß stellt mit Enttäuschung fest, daß Staat und Regierung durch fortgesetzte Verschlechterung des bestehenden Arbeitslosensfürsorgegesetzes die Lei- den unschuldig arbeitslos gewordenen Arbeiter ver- mehrt haben, und daß durch Entzug, Kürzung und Einstellung der Arbeitslosenunterstützung die Existenz der Arbeitslosen aufs schwerste bedroht wurde.

Es ist die moralische Pflicht eines modernen Staatswesens, durch ausreichende Fürsorge den Arbeitern auch in der Zeit der Arbeitslosigkeit die entsprechende Unterstützung zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes zu gewähren. Diese mora- lische Verpflichtung hat der Staat und die Regierung in unbefriedigender Weise und nur teil- weise gegenüber den Arbeitslosen erfüllt.

Dritter Verhandlungstag (Montag).

Am Montag wurde zunächst die

Debatte

über die Arbeitslosenfürsorge abgeführt.

Genosse C e e h (Eisenbahner) führt aus, daß man früher geglaubt habe, daß der Arbeitsp- lay der Staatsangestellten ein sicherer sei. Dieser Glaube ist erschüttert. Auch die Organisationen der Staatsangestellten haben deshalb ein Inter- esse an dem Gesetz über den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung.

Genosse V a r s e d (chemischer Verband) sagt, daß die Kontrollmeldung der Arbeitslosen eine furchtbare Qual für die nichtbeschäftigten Arbeiter darstelle. Oft müssen diese stundenweit gehen, um sich zu melden. Es wird notwendig sein, daß nach der Einführung des Genter Systems dieser Miß- stand behoben wird.

K l a u d a (Bauarbeiter): Die Behan- lung der Saisonarbeiter gehört zu den dunkelsten Punkten der tschech- slowakischen Sozialpolitik. Die Bau- arbeiter haben einen unausgeprägten Kampf führen müssen, um den Saisonarbeitern ein Mindestmaß an Unterstützung zukommen zu lassen. Es muß klar ausgesprochen werden, daß der Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung dem Saisonarbeiter genau so gewährt wird, wie allen übrigen Arbeitern.

R i t s c h m a n n (Kreisgewerkschaftskommission Reutischheim) bespricht die

Verdrängung deutscher Arbeiter aus Privat- betrieben.

In Ostmähren werden in den Fabriken künstliche Mehrheiten der tschechischen Arbeiter geschaffen. Der Staat zwingt die Unternehmer an Stelle deutscher Arbeiter tschechische einzustellen. Gegen dieses Vorgehen muß der Kongreß energisch prote- stieren.

S c h i l l e r Rudolf (Kreisgewerkschaftskom- mission Bodenbach) macht auf die Gefahren des Genter Systems aufmerksam. Wäh- rend früher die Gewerkschaften Arbeiter in den Betrieben der Arbeitslosenunterstützung an die Behörden gewiesen haben, werden die politischen Behörden nunmehr die Arbeiter zu den Gewerks- chaften schicken. Die Laster für die Gewerks- chaften aus dem neuen Gesetz werden große sein.

Nachdem Genosse Roscher auf die Ausführ- ungen der Disziplinarkredner in seinem Schluß- wort Bezug genommen hat, wird der vom Referenten vor- gelegte Reso- lution ein- stimmig zugestimmt. Ein Antrag des Verbandes, der Arbeiter in der chemischen Industrie, betreffend einheitlicher Unter- stühtungssätze bei den Verbänden, wird der Zentralgewerkschaftskommission zugewiesen.

Der Kongress geht nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung über:

Die Wirtschaftslage in der Tschechoslowakei und die Gewerkschaften.

Der Berichterstatter Genosse Abg. Bohl geht davon aus, daß die Wirtschaftspolitik des Staates die Folgen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise für die Arbeiter noch verschärft hat. Der tschechoslowakische Staat hat von Anfang an keine wirtschaftlichen Aufgaben falsch aufgestellt. Vom ersten Augenblick an hätte er seine Wirtschaftspolitik so einrichten müssen, daß man für die Überproduktion an Industrieprodukten im Auslandes Abfah finde. Vor hundert Jahren hat der deutsche Nationalökonom List das System der vielen Zollgrenzen gepfeilt, das in Deutschland und Oesterreich vorhanden war. Dieses Wort gilt auch noch heute und in dieser Beziehung hat der Kapitalismus in den hundert Jahren nichts gelernt. 1920 hat der Ministerpräsident Tuszar gesagt, daß der natürliche Reichtum des Landes und der Fleiß aller seiner Bewohner bewirkt werde, die Folgen des Krieges zu überwinden. Heute stehen wir vielfach noch schlechter als vor vier Jahren. Seit dem Ende des Krieges haben wir Frankreich die größten wirtschaftlichen Konzessionen gemacht und trotzdem geht der Handel mit Frankreich zurück. Der größte Teil unserer Ausfuhr geht nach Deutschland und Oesterreich. Den Handelsvertrag mit Italien hat man sieben Monate nicht ratifiziert. Während die deutsche Regierung gerade jetzt den Gewerkschaften zugelagt hat, sie bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen mit heranzuziehen, gibt es so etwas bei uns nicht. Soeben ist der Handelsvertrag mit Oesterreich abgeschlossen worden, wobei sich die Regierung nur von den Vertretern der Unternehmer beraten ließ. Außerhalb besteht die Gefahr, daß die Agrarier auch den österreichischen Handelsvertrag zum Anlaß nehmen, um ihn solange zu sabotieren, bis sie ihre Forderung nach Agrarzöllen durchgesetzt haben. Im Interesse unserer Wirtschaft liegen auch enge Handelsbeziehungen mit Rußland. Der tschechoslowakische Staat aber wird der letzte sein, der Sowjetrußland anerkennen wird. Die Folge unserer Handelspolitik ist, daß die Handelsbilanz immer mehr ihr Aktivum verliert. In den ersten neun Monaten des Jahres 1923 betrug das Aktivum zwei Milliarden, in der gleichen Zeit des heurigen Jahres nur eine halbe Milliarde. Furchtbaren Schaden hat auch der Wirtschaft dieses Staates seine Steuerpolitik gebracht. Die Umsatzsteuer, die Kohlensteuer, die Tarifpolitik setzen die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie herab. Die staatliche Wirtschaftspolitik hat zur Folge, daß man uns im Ausland kein Geld borgen will. Wenn die herrschenden Staatsmänner mit Stolz auf die wirtschaftliche Konsolidierung des Staates verweisen, so tun sie das mit Unrecht. Der Maßstab für das wirtschaftliche Wohlergehen eines Industriestaates ist die Produktion von Kohle und Eisen. Die Eisenerzeugung ist von 1919 bis 1923 von 12 Mill. auf 8 Mill. Metertonnen gesunken, die Kohlenerzeugung von 370 auf 280 Millionen Metertonnen, statt 400 Glasöfen im Jahre 1919 haben wir im Jahre 1923 nur 230 im Betrieb, die Textilindustrie ist auf 67 Prozent ihres Umsatzes in der Vorkriegszeit zusammengeschrumpft. Das alles, obwohl wir im Jahre 1923 vom Ruhrstreik profitiert haben. Im heurigen Jahre werden wieder Hochöfen stillgelegt, der Hoßberg in Ostrau wird immer größer, die Kohlenvorräte wachsen auf den Haufen.

Die chronische Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei ist für die Unternehmer der willkommene Anlaß gewesen, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzusetzen. Wenn die Arbeitslosigkeit wächst, steigt die Macht der Unternehmer. Die große Zahl der Arbeitslosen lähmt die Widerstandskraft auch der besten Gewerkschaft.

Zuchthäuser und Friedhöfe haben aus der Krisenzeit mächtigen Zustrom erhalten.

Wären nicht die Auswanderungsbestimmungen so streng, wären hunderttausende von Menschen diesem „konsolidierten Staat“ entflohen und hätten sich im letzten Winkel der Welt Arbeit gesucht.

Die Unternehmer sagen, daß wir uns nur durch längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne wirtschaftlich wieder auf die Beine helfen können. Aber schon im Frieden wurde die österreichische Industrie von den Industrien jener Länder niedergelämpft, welche höhere Löhne zahlten und eine längere Arbeitszeit aufwiesen. Zu den niedrigen Löhnen bei uns tritt noch die Teuerung. Die Regierung hat nichts getan, um die Teuerung wirksam zu bekämpfen. Die Gewerkschaften, welche auf die Preisbindung des Weltmarktes keinen Einfluß ausüben können, können die Folgen der Teuerung für die Arbeiter nur durch Lohnkämpfe abmildern. Trotzdem die Lebenshaltung schon vor dem Kriege eine „brügelige“ war, ist sie heute noch mehr herabgesunken. Wenn die Arbeitszeit verlängert würde, dann gäbe es noch mehr Arbeitslose und die Kaufkraft der Bevölkerung würde noch mehr sinken. Die Unternehmer behaupten auch, daß die Arbeitslosigkeit ein politisches Problem sei und nicht wirtschaftlich. Diese Behauptung widerspricht der Tatsache, daß im Jahre 1914 betrug im Kohlenabbau die sozialpolitischen Kosten 3,09 Prozent vom Werte des Gesamtproduktes, im Jahre 1923 jedoch nur drei Prozent, in den anderen Industrien ist das ebenso.

Für die deutschen Arbeiter hatte die Wirtschaftskrise noch ärgere Folgen als für die tschechoslowakischen. Ein großer Teil der Exportindustrie liegt im deutschen Gebiet. Die Staatslieferungen wer-

den fast nur an tschechische Unternehmer vergeben. Während im alten Oesterreich die Staatsbahnverwaltung regelmäßig ein Verzeichnis der Schächte veröffentlichte, von denen sie die benötigten Kohlen abnahm, hat die tschechoslowakische Verwaltung diese Veröffentlichungen eingestellt und macht so jede Kontrolle unmöglich. Es wäre nun zu wünschen, daß die tschechischen Gewerkschaften dem Exportkämpfer der deutschen Arbeiterschaft mehr Verständnis entgegenbringen.

Die Kommunisten behaupten, daß die Bildung der Einheitsfront einen erfolgreicheren Abwehrkampf der Arbeiter möglich machen würde. Wohl wissen wir, daß in der Einheit des Proletariats seine stärkste Kraftquelle liegt. Aber die Kommunisten geben die Parole der Einheitsfront aus, um weiter ihre Perseveration in der Arbeiterbewegung zu leisten. Sie waren es, die den Falkenkrieg wieder den Weg in die Arbeiterschaft gebahnt haben. Sie laden uns fortwährend zu gemeinsamen Konferenzen ein, sie sollen mit den Einladungen endlich aufhören und selber für die Arbeiterschaft etwas tun. Die Gewerkschaften müssen sich vielmehr im engsten Einvernehmen mit derjenigen Partei befinden, die ihnen am nächsten steht, das ist die Sozialdemokratie. Die Kräfte der Gewerkschaften können nicht allein in Massenaktionen verbraucht werden, sondern müssen aufgespart werden für die Aktionen der verschiedenen Berufe. Massenaktionen können leicht zu Massenniederlagen führen.

Die Gewerkschaften sind von zwei Seiten bedroht. Von den Indifferenten und von den Feinden in den eigenen Reihen der Arbeiterklasse. Diese Feinde müssen durch Aufklärung und zähe Arbeit überwunden werden. Unsere Parole lautet: Aufwärts und vorwärts! (Lebhafter Beifall.)

Es wird nun zur Abstimmung über die bei diesem Punkte der Tagesordnung vorliegenden Anträge geschritten. Der Antrag der Kreisgewerkschaftskommission Trautmanau und des Gewerkschaftsartikels Braunau auf Festsetzung eines Lohnindex nach deutschösterreichischem Muster, sowie ein Antrag derselben Antragsteller auf Abschreibung der Einkommensteuer rückstände für die Jahre 1913 bis 1923 wird der Zentralgewerkschaftskommission zugewiesen. Hierauf wird die vom Referenten beantragte Resolution einstimmig angenommen. Die Resolution lautet:

Die Wirtschaftslage der Tschechoslowakischen Republik trägt alle Merkmale einer chronischen Wirtschaftskrise. Die durch Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und eingeschränkte Beschäftigung hervorgerufene Notlage der arbeitenden Schichten verhindert die Zunahme des Inlandsabzuges der industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die völlig verkehrte staatliche Wirtschaftspolitik hat viele Exportmöglichkeiten unserer Industrie schwer geschädigt, teilweise dauernd verhindert. Solche verkehrte Maßnahmen sind insbesondere: schifanisches und protektionistisch angewendetes Bewilligungsverfahren bei Ein- und Ausfuhr, Mangel geregelter Handelsbeziehungen mit jenen Ländern, mit denen wir den wichtigsten Warenaustausch pflegen, übermäßige fiskalische Belastung der Erzeugung durch hohe Verbrauchssteuern, Tarife u. a. m.

Verhängnis wurde die ungünstige Wirtschaftslage durch die mit künstlichen Mitteln herbeigeführte Deflationspolitik, die nicht zur Folge hatte die Anpassung des Inlandsvertriebs an den Auslandswert der tschechischen Krone. Der von der Regierung eingeleitete allgemeine Lohnabbau, der durch Preisabbau nicht gedeckt wurde, hat große wirtschaftliche Kämpfe, die mit schweren Verlusten für die Volkswirtschaft verbunden waren, hervorgerufen. Es wurden Löhne abgebaut, deren Kaufkraft die Vorkriegeshöhe nicht erreicht hatte. Dadurch wurde die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten weit unter das Vorkriegsniveau herabgedrückt.

Dem Lohnabbau vom Jahre 1923 folgte ein wie immer gearteter Preisabbau. Im Gegenteil, ist seit August 1924 ein bedeutendes Ansteigen der Preise der zum Leben unbedingt notwendigen Erfordernisse festzustellen. Die Höhe dieser Steigerung beträgt 10 bis 18 Prozent. Die im Jahre 1923 durchgeführte Herabsetzung der Kohlenpreise blieb auf den allgemeinen Warenpreis völlig wirkungslos, so wie alle wiederholten Versprechungen der Regierung, den allgemeinen Preisabbau vorzubereiten, unerfüllt geblieben sind. Die Deflation und die schlechte Finanzpolitik des Staates hatten weiter zur Folge eine allgemeine Geldknappheit und ein Ansteigen des Zinsfußes, so daß auch dadurch eine Verschlechterung der Wirtschaftslage hervorgerufen wurde.

Der tschechoslowakische Staat ist mit vielen seiner Industrieprodukte auf die Ausfuhr angewiesen. Er hat aber in völliger Verleugnung seiner wirtschaftlichen Aufgaben bisher alles unterlassen, um sich dauernde Ausfuhrmöglichkeiten seiner überschüssigen Produkte zu sichern und zu erhalten. Die Arbeiter und Angestellten sind die Opfer dieser Zustände. Die Unternehmer und ihre Organisationen wenden alle Mittel an, um alle Auswirkungen der schlechten Wirtschaftslage auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen.

Demgegenüber verfolgt der Staat eine fast ausschließliche die Industrie drohende Agrarpolitik, die durch die drohende Einführung von Lebensmittelschranken noch eine weitere Verschärfung erfahren soll, was für Millionen Menschen eine Bedrohung ihrer Lebensmöglichkeit bedeutet.

Der Kongress fordert,

1. daß die Löhne den Lebenshaltungskosten angepaßt werden,

2. daß mit allen Staaten unerbittlich Handelsverträge, die den Bedürfnissen der Wirtschaft des eigenen Landes entsprechen, abgeschlossen und alle staatlichen Maßnahmen getroffen werden, um die unbehinderte und zollfreie Einfuhr von Lebensmitteln und notwendigen Verbrauchsgüter sicherzustellen sowie zur Hebung der Produktion die Warenausfuhr zu erleichtern;

3. daß die Wirtschaft von allen bürokratischen und staatsfiskalischen Hemmnissen befreit wird, wie: durch Aufhebung der Kohlen- und Umsatzsteuer, Herabsetzung der Bahn- und Posttarife u. a. m.

4. Der Gewerkschaftskongress protestiert gegen die Bodenreform dieses Staates, welche in ihrem Endeffekt eine Fortführung des staatlich betriebenen Abschöpfungsprozesses ist und sich in ihren Auswirkungen als unsozialistisch und volkswirtschaftlich schädlich erweist, da sie eine Herabsetzung der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge hat.

5. Der Gewerkschaftskongress stellt fest, daß sich die ungünstige wirtschaftliche Lage dieses Staates für die deutsche Arbeiterschaft doppelt schwer auswirkt, denn zu den Folgen der allgemeinen Wirtschaftskrise treten die staatlichen tschechisierungsmaßnahmen, durch welche tausende von deutschen Arbeitern und Angestellten die Arbeitsmöglichkeit verloren haben und viele andere tausende in ihrer Existenz schwer bedroht sind. Der Kongress begrüßt daher die vom deutschen Gewerkschaftsbund im Einvernehmen mit der Partei und deren Abgeordneten zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, sowie der wirtschaftlichen Bedrohung der deutschen Arbeiter und Angestellten eingeleiteten Abwehraktion.

6. Der Kongress fordert, zur wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten sowie zum Zwecke der Einflussnahme auf die Preis- und Ernährungsverhältnisse die unverzügliche Errichtung von besonderen Arbeiterkammern und besonderen Konsumentenkammern.

7. Den Arbeitern und Angestellten der Betriebe ist ein wirkliches Mitbestimmungsrecht in bezug der technischen und kaufmännischen Betriebsführung einzuräumen, daher unsere Forderung: „die bestehenden Betriebsausschüsse- und Betriebsrätegesetz abzuändern.“

Der Hinweis der Unternehmer, daß die Verhältnisse des ausländischen Absatzmarktes eine weitere Verschlechterung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Folge haben müßten, ist ganz unrichtig. Wenn etwas die Konkurrenzfähigkeit hemmt, so in keinem Falle der Aufwand für Löhne und soziale Maßnahmen für die Arbeiter und Angestellten. Der Lohnanteil ist bei allen Produkten, gemessen an dem Verkaufswert, gegen die Vorkriegszeit wesentlich gesunken.

In diesem Zusammenhange begrüßt es der Gewerkschaftskongress, daß die Spitzenorganisationen der reichsdeutschen Gewerkschaften sich gegen die Preis- und Lohnpolitik der deutschen Industriellen wenden, daß die Ueberzeitabkommen in verschiedenen Industrien gekündigt wurden und hofft, daß die deutschen Gewerkschaften in den bevorstehenden Kämpfen um Wiederherstellung ihres sozialen und wirtschaftlichen Standards siegreich sein und derart verhindern werden, daß der Dampfantrieb sich auf Kosten des sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes der Arbeiter aller Länder auswirkt.

Ungeachtet und trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewährten sich die im Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Organisationen als der beste und einzige Schutz für die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft im tschechoslowakischen Staate. Ihre Methoden im Angriff- und Abwehrkampf haben sich immer als richtig erwiesen.

Der Gewerkschaftskongress appelliert deshalb hierauf wird die vom Referenten beantragte an alle deutschen Arbeiter und Angestellten, die dem deutschen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Gewerkschaften zu stärken und auszubauen, um sie schlagfertig und kampffähig zu gestalten, damit sie ihre großen und schweren Aufgaben restlos erfüllen können.

Der Vorsitzende teilt sodann mit, daß Genosse Abgeordneter Hirsch seine Teilnahme wegen Krankheit entschuldigt hat und verliest ein Begrüßungsschreiben des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), worin den Beratungen des Kongresses bester Erfolg gewünscht wird. In der Nachmittags Sitzung sprach zum Punkt 4 der Tagesordnung

Ausbau der Organisation

zunächst über die **Internationalen Beziehungen**

Genosse Macoun. Von den Beschlüssen des ersten Gewerkschaftskongresses 1920. ausgehend, verweist er auf die Verhandlungen, die seit dieser Zeit zwischen dem Gewerkschaftsbund und der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung in der Frage des Zusammenschlusses der Gewerkschaftsorganisationen geführt wurden. Er schilderte die Schwierigkeiten, in denen der sachliche und prinzipielle Gegensatz liegt. Das größte Hindernis bestand darin, daß an die Spitze der Vorschläge der tschechischen Gewerkschaftsbewegung das gestellt wurde, was am Ende sein sollte: daß in jedem Berufe nur eine Organisation anerkannt wird und daß es auch nur eine Gewerkschaftszentrale geben solle. Wir können nur den Weg zur Vereinheitlichung der Gewerkschaftsorganisation betreten, wir können aber nicht beginnen mit der Erklärung des Aufgebens unserer Organisation. Eine Vereinigung ist nur möglich, wenn die Mitgliedschaften in dieser großen vereinigten Organisation zusammen kom-

men. Mit der Verschmelzung allein werden die Bedingungen für die Organisation nicht geschaffen. Die Frage der einheitlichen Organisation ist keine Sache der Schablone, sondern des Erarbeitens, welche beginnt mit der Gewinnung des vollen gegenseitigen Vertrauens. Wir stehen im Gegensatz zu den Vorschlägen der tschechischen Gewerkschaftszentrale auf dem Standpunkte, daß nicht abgeleitet werden kann von der staatlichen Vereinigung auch die gewerkschaftliche Vereinigung nicht auch abgeleitet werden kann vom staatlichen der gewerkschaftliche Zentralismus,

sondern daß das Sache jener Entwicklung sein muß, wie sie in unseren Vorschlägen gekennzeichnet ist. Wer den Weg mit uns gehen will, mit dem zu gehen sind wir ehrlich und in der vollen Ueberzeugung bereit, daß die Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Kräfte, auch vor allem der Erfolg des Wirtschaftskampfes bessern wird. Aber für die Schablone des Zentralismus, die nur die Form schaffen würde, bei der der Inhalt nicht nur verloren ging, sondern von Anfang an nicht vorhanden wäre, haben wir kein Verständnis. Wir haben in der Erfassung der deutschen Arbeiter und Angestellten es rechtzeitig verstanden, so zu organisieren, daß die Verfallsstufen der Gewerkschaftsbewegung nationaler und christlich-sozialer Schattierung vollständig zu Boden gedrückt wurden. (Beifall.) Wer die Gewerkschaftsbewegung zentralistisch machen will, der wird erleben nicht die Stärkung dieser vereinheitlichten Organisation, sondern den Verfall eines großen Teiles unserer Mitglieder in den Nationalismus. Wir sind in stande gewesen, trotz der kommunistischen Episode die christlich-sozialen und Deutschnationalen fern zu halten. Wir sind noch immer als die maßgebendste Organisation der deutschen Arbeiter und Angestellten zu jeder Zeit zu Beratungen mit der tschechischen Gewerkschaftszentrale zusammengekommen. Wir haben im Kampfe zwischen Separatismus und Zentralismus in Oesterreich gelernt, daß in einem Nationalitätenstaate dieser Art, wie es die Tschechoslowakei ist, diese einheitliche Organisation sich nicht erzwingen läßt. Es ist historisch unrichtig, vom umgekehrten Separatismus zu sprechen. In der Tschechoslowakei handelt es sich darum, zwei von Anfang bestehende Gewerkschaftsbewegungen mit in der Hauptache gleichen Tendenzen in der Vereinigung zu einheitlicher Aktion zusammenzubringen. Manches ist noch anders zwischen uns und den tschechischen Genossen als es sein sollte. Einzelne Verbände haben Vereinbarungen oder ungeschriebene Gesetze, daß sie neben- und miteinander arbeiten, aber es gibt auch Organisationen, im Verbands der tschechischen Gewerkschaftsbewegung, die einen Kampf gegen unsere Organisationen führen. Und eine notwendige Vorbedingung für ein gedeihliches Arbeiten ist die Einwirkung der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung, damit diese Feindseligkeiten eingestellt werden. In der letzten Zeit sind wir über den 1. ten Punkt hinausgekommen und wir hoffen, daß wir in naher Zukunft für die gewerkschaftliche Internationale in diesem Staate werden erfolgreicher arbeiten können als in der zurückliegenden Zeit.

Nebener diskutiert dann die guten Beziehungen zum internationalen Gewerkschaftsbunde,

dessen Vertreter an den bisherigen Verhandlungen zwischen den beiden Gewerkschaftszentralen teilnahm. Wir werden die ideale Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbunde aufrecht erhalten und seinem Rufe nach weiteren Verhandlungen entsprechen, wir werden alles tun, um bestehen zu können vor der gewerkschaftlichen Welt und die Aktionen des internationalen Gewerkschaftsbundes so wie bisher unterstützen.

Es ist wohl hier auszusprechen, daß die tschechische Gewerkschaftszentrale die einzige Organisation ist, die für die gewerkschaftliche Einheitsfront mit uns in Betracht kommen kann. Wir lehnen ab die Gemeinschaft mit den Nationalisten und Christlichsozialen, wir lehnen aber auch ab die Kommunisten. In der Herbeiführung der organisatorischen Verständigung mit der tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung hoffen wir unter Mitwirkung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der neuen Periode die stärksten Hemmnisse überwinden zu können. (Lebhafter Beifall.)

In der Debatte führt Genosse Paul (Eisenbahner) aus, daß ein erfolgreicher Kampf der Gewerkschaften nur auf dem Boden der Internationalität möglich sei. Die Entstehung des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei war der einzige Weg, um nach dem Kriege die deutsche Arbeiterklasse organisatorisch zu erfassen. Die ungelösten nationalen Fragen sind soziale Fragen, unter denen die Arbeiterchaft besonders leidet. Die Erziehung zum Gefühl der internationalen Zusammengehörigkeit muß bei uns und insbesondere bei den Tschechen gepflegt werden.

Zu diesem Punkte der Tagesordnung liegt ein Antrag Jarolim, Weigl, Löwit und Genossen vor. Der Antrag lautet:

Der zweite ordentliche Kongress des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei spricht nach Entgegennahme des Berichtes über die internationalen Beziehungen die Ueberzeugung aus, daß die Zentralgewerkschaftskommission in prinzipieller und sachlicher Beziehung der ihr gestellten Aufgabe entsprochen hat. Alle vollenzogenen Verhandlungen zeigen die ersten Bemühungen auf, den Weg zur gemeinsamen Organisation vorzubereiten. Der Gewerkschaftskongress nimmt die Tätigkeit der Zentralgewerkschaftskommission und der Mitglieder des „Gemeinsamen Ausschusses“ in den Verhandlungen mit Oborowicz Struzent

Ceskoslowake genehmigt zur Kenntnis und stellt fest, daß unsere Mandatare ihre Pflicht restlos erfüllt haben.

Die letzte Etappe dieser Verhandlungen bis zum Kongreß, die Beratung des „Gemeinsamen Ausschusses“ am 5. Oktober 1924 im Beisein des Vertreters des internationalen Gewerkschaftsbundes, läßt erwarten, daß die nun folgenden Verhandlungen bestimmte praktische Ergebnisse bringen werden.

Mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand unterläßt es der Kongreß, ein bestimmtes sachliches Programm über die beschlossenen weiteren Verhandlungen zu beschließen. Der Kongreß beschränkt sich darauf, die prinzipiellen Grundzüge auszusprechen, nach denen die neue Zentralgewerkschaftskommission in dieser Organisationsfrage zu wirken hat.

Die Frage der Einheitsorganisation zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei und Odborové Sdružení Československé nicht durch einen schablonenhaften Zentralismus und nicht durch die bloße Übernahme unserer Gewerkschaftsmitglieder in die Organisation des Odborové Sdružení Československé zu lösen ist.

Die Entstehungsgeschichte, die Eigenart, der verschiedenartige Aufbau und nicht zuletzt die verhältnismäßig gleiche Stärke der beiden Gewerkschaftsorganisationen bedingen, daß die Eraffung der einheitlicheren Organisation auf der Grundlage der Gleichberechtigung beider Gewerkschaftszentralen und ihrer Organisationen erfolgen muß.

Die gegenwärtige nationalpolitische Einstellung des Staates und seiner bisherigen Regierungen erzeugt mit der nationalen auch die wirtschaftliche Unterdrückung deutscher Arbeiter und Angestellter. Aus dieser Umstand mit allen seinen Auswirkungen macht es unmöglich, nach einem formalen Zentralismus die einheitliche Organisation aufzubauen, die muß vielmehr ideell und sachlich erarbeitet werden.

2. unbedingt notwendig ist, daß, sollen die weiteren Verhandlungen der Gewerkschaftszentralen, bzw. des „Gemeinsamen Ausschusses“ erfolgreich sein, zwischen allen Verbänden beiderseits, falls schon eine solche Vereinbarung besteht, ein friedliches Verhältnis herbeigeführt wird. So gibt es noch immer Verbände des Odborové Sdružení Československé, welche die gleichartigen Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Weise bekämpfen, die eine Verständigung verhindern.

Außerdem ist noch die Tatsache festgestellt: Wäre in Oesterreich die einheitliche Gewerkschaftsbewegung vereinigt in der Gewerkschaftskommission Oesterreichs erhalten geblieben, dann wäre im heutigen tschechoslowakischen Staate die uns vorliegende Gewerkschaftsfrage nicht vorbanden.

Nach diesen vorwiegend prinzipiellen Gesichtspunkten beauftragt der Kongreß die Zentralgewerkschaftskommission die Verhandlungen mit Odborové Sdružení Československé in Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbunde weiter zu führen und wünscht aus voller Ueberzeugung, daß die folgende Tätigkeitsperiode einen stärkeren Fortschritt in der Sache der gewerkschaftlichen Internationale der Tschechoslowakei bringt.

Aus dieser einen Seite internationaler gewerkschaftlicher Beziehung im Staate geht schon hervor, daß für den deutschen Gewerkschaftsbund für die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung nur die im Odborové Sdružení Československé vereinigten Gewerkschaften in Betracht kommen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat bisher Gemeinsamkeiten mit nationalsozialistischen, christlichen und anderen Splinter- und Schattierungen in der Gewerkschaftsbewegung abgelehnt und wird das auch in Zukunft tun.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund lehnt die Verbindung mit den neuenstandenen kommunistischen Gewerkschaftsgebilden ab, die eine Verschärfung der Gewerkschaftsbewegung sind. Sie sind keine freien und unabhängigen Gewerkschaften, sondern unterstehen den Geboten der kommunistischen Partei und deren Moskauer Internationale, die mit ihren verderblichen Parolen die Gewerkschaftsbewegung bei uns und fast in allen Ländern Europas schwer geschädigt hat.

Demgegenüber hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die Aufgabe, die deutschen Arbeiter und Angestellten vor dem Verfall in Nationalismus und Kommunismus zu bewahren.

Aus alledem geht unsere Stellung zum Internationalen Gewerkschaftsbunde, Sitz Amsterdam, hervor. Obwohl nach der statistischen Bestimmung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, nach der ihm aus jedem Lande nur eine Gewerkschaftszentrale angehören kann, der Deutsche Gewerkschaftsbund bisher dem Internationalen Gewerkschaftsbunde organisatorisch nicht angeschlossen ist, bestehen ständige Beziehungen mit ihm.

Der zweite Gewerkschaftskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei zu den Grundzügen des Internationalen Gewerkschaftsbundes bekennt und an seinen internationalen gewerkschaftlichen Aktionen jeweils mitwirken wird, wie das in der Tätigkeitsperiode bis zu diesem Kongreß geschehen ist. Der Kongreß begrüßt es insbesondere, daß sich der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur regelmäßigen Mitwirkung bei den weiteren Verhandlungen über die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung in der Tschechoslowakei entschlossen hat.

In der Zusammenfassung der internationalen Fragen, die den Deutschen Gewerkschaftsbund besonders berühren, spricht der Kongreß noch aus,

daß die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung, wie sie in unseren Vorschlägen gekennzeichnet ist, nur im Rahmen der Gesamtorganisation, das heißt, für alle Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit jenen, die im Odborové Sdružení Československé vereinigt sind, gleichzeitig erfolgen kann.

Dieser Antrag gelangt einstimmig zur Annahme. Hierauf erstattet Genosse Kirchhof sein Referat über das

Bildungswesen.

Er führt u. a. aus: Innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen ist in letzter Zeit viel darüber gesprochen worden, daß das Bildungswesen auf dem Gewerkschaftsgebiet in einem besonderen Punkte der Tagesordnung behandelt werden soll. Das zeugt für das Interesse, welches die Verbände dem Bildungswesen entgegenbringen. Freilich hat das Bildungswesen durch die schwere Wirtschaftskrise eine Beeinträchtigung erfahren. Trotz aller Schwierigkeiten hat die Gewerkschaftskommission beständig, zentral einzugreifen und hat für die Gesamtorganisation Betriebsrätelehrerschulen eingerichtet. Die Vorgänge in der Volkswirtschaft müssen von den Gewerkschaften eifrig beobachtet werden, die sozialpolitischen Fragen benötigen starke Kräfte der Gesamtorganisation. Aufgabe der Betriebsräte ist es, die Grundlagen für die Umwandlung der Gewerkschaftsorganisation zu schaffen. Der erweiterte Wirkungskreis der Gewerkschaftsorganisationen nach dem Kriege erfordert viele Menschen und wir stehen vor der Frage, diese Menschen heranzubilden. In den Arbeitern und Angestellten schlummern vielfach Fähigkeiten, die zu weiten Aufgaben der Gewerkschaften ist. Wir müssen insbesondere auf die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einwirken und in ihre Seele unsere Ideen verpflanzen. Aber auch die älteren unter unseren Mitgliedern müssen wir ausbilden.

Wir brauchen nicht nur die Beiträge, sondern die geistige Mitarbeit unserer Mitglieder.

Große Schwierigkeiten sind da zu überwinden, weil ja die schwere Tagesarbeit vielfach die Muskulatur der Arbeiter raubt. In der Bildungswesen haben wir schon wertvolle praktische Erfahrung und es gilt diese praktische Erfahrung zu nutzen. Wollen wir wirklich ausreichende Bildungsarbeit leisten, dann müssen wir auch ent-

wickeln. Wir müssen die Tätigkeit der Arbeiter und Angestellten einwirken und in ihre Seele unsere Ideen verpflanzen. Aber auch die älteren unter unseren Mitgliedern müssen wir ausbilden.

Am vierten Verhandlungstage

wird zunächst die Debatte über die Bildungsarbeit fortgesetzt.

Genosse Weigl (Metallarb.) glaubt, für den Beitrag von zwei Hellern pro Mitglied und Gruppe werde nicht allzu viel Bildungsarbeit geleistet werden können. Die Betriebsausschüsse sollten zur Pflege der Bildungsarbeit herangezogen werden.

Pohl (Chem. Arbeiter) schildert die Arbeit seines Verbandes auf dem Gebiet des Bildungswesens, die von zumeistlichen Erfolgen begleitet war.

Utrich (Textilarb.) glaubt, daß ein großer Teil der Betriebsausschüßmitglieder sich zu wenig Geltung verschaffe. Den Schiedskommissionen müsse mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die Betriebsausschüsse sollten praktisch geschult und sie kennen müssen.

Dröhschlab (Textilarb.): Wir müssen den Arbeitern an Bildung das geben, was sie brauchen. Auch auf die Organisation der Frauen darf nicht vergessen werden.

Nachdem Genosse Kirchhof in seinem Schlusswort das Zusammengefaßt hat, was auf die Bildungsarbeit Bezug hat, wird die Debatte beendet. Hierauf geht der Kongreß zum

Organisationsfragen

über. Genosse Macom leitet sein Referat damit ein, daß er erklärt, daß der Bund mit den Satzungen und Organisationsbestimmungen des ersten Kongresses gute Erfahrungen gemacht habe. Trotzdem müssen sie in einiger Hinsicht Ergänzungen erfahren und ausgebaut werden. Referent bespricht die vorliegenden Anträge und behandelt die nötigen Ergänzungen. So wird die Bestimmung über den Uebertritt von einem Verband zum anderen und die Beschickung der Vorstandskonferenzen sowie der Gewerkschaftskongresse ergänzt werden müssen. Die Bestimmungen über die Zusammenfassung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitervereine zu Industriegruppenverbände erfahren bemerkenswerte Änderungen. Das aufgestellte Schema kennt grundsätzlich fünfzehn Gruppen. Ebenso werden einige ergänzende Bestimmungen über den Solidaritätsfond getroffen. Ausführlicher beschäftigt er sich mit den Kreisgewerkschaftskommissionen. Er bezeichnet sie als unentbehrliche Organisationen, die auf jeden Fall erhalten und ausgebaut werden sollen. Dazu ist eine Reform der Beiträge nötig. In einem dem Kongreß vorliegenden Antrag wird er beauftragt, über eine Neuordnung der Beiträge (einheitliche Beiträge der Verbände an die Kreisgewerkschaftskommission) zu verhandeln. Außer diesen einheitlichen Beitragsleistungen sollen von jenen Verbänden, die die Kreisgewerkschaftskommission näher in Anspruch nehmen, Subventionen geleistet werden.

Ein weiterer Antrag verlangt, daß die Angestelltenverbände weiter ausgebaut werden. Ihre Verbindung mit der Zentrale soll enger werden. Der Referent schließt mit der Aufforderung, die Entwicklung des Ausbaues der Organisation zu fördern.

schlossen sein, finanzielle Opfer auf uns zu nehmen. Deswegen schlägt die Zentralgewerkschaftskommission die Einhebung eines besonderen Bildungsbeitrages vor, der pro Mitglied 2 Heller wöchentlich oder 9 Heller monatlich beträgt. Diese Beiträge sollen die Kommissionen in den Stand setzen, eine Betriebsrätezentrale, eine sozialpolitische Stelle und eine Bildungszentrale bei der Zentralgewerkschaftskommission einzurichten. Wollen wir uns als gleich starke mit den Unternehmern an einen Verhandlungstisch setzen, dann müssen wir unsere Kenntnisse mehren.

Debatte

begrußt Genosse Jhonak (Bergarbeiter) als Betriebsrat, daß künftighin vermehrt gewerkschaftliche Bildungsarbeit geleistet werden soll. Die Betriebsräte stehen vor schweren Aufgaben, sie müssen geschult werden, um das Gesetz ausnützen zu können.

Kittmann (Kreisgewerkschaftskommission Neutisch) bespricht die Ausbildung der jugendlichen Gewerkschafter. Ein Mangel der Vortragsarbeit ist auch das Vorgehen werden, daß die Bildungsarbeit der Verbände immer im Einvernehmen mit den Kreisgewerkschaftskommissionen zu erfolgen habe.

Schiller Josef (Eisenbahner) ist gleichfalls damit einverstanden, daß die Bildungsarbeit zentralisiert wird. Ein großer Teil der Mitglieder hat außer an Lohnfragen kein Interesse. Diesen Zustand müssen wir durch eine systematische Erziehung überwinden. Das wichtigste bei dieser Ausbildung ist die Erziehung zum Massenbewußtsein.

Plohs (Zentralverband der Angestellten) bemerkt, daß man bei der Bildungsarbeit viel Geld benötigt. Es wird von Vorteil sein, wenn die Verbände bei ihrer Vortragsfähigkeit Unterstützung durch eine Zentralfunktion erfahren. Im Bodenbacher Gebiet wurden mit der wirtschaftspolitischen Ausbildung der Arbeiter und Angestellten gute Erfahrungen gemacht. Die Wirtschaft ist in den letzten Jahren eine ganz andere geworden und das müssen die Arbeiter und Angestellten begreifen. Auch muß das Lichtbild in den Dienst der Vortragsfähigkeit gestellt werden.

Hierauf werden die Verhandlungen abgebrochen.

In der Debatte spricht Genosse Zimmer (Textilarb.), der glaubt, daß die Beiträge an die Kreise eine schwere Belastung für die Verbände darstellen. Deshalb können die Textilarbeiter nicht für Anträge der Zentralgewerkschaftskommission stimmen. Der Kongreß wird hierauf für eine Mittagspause vertagt. In der Nachmittagsitzung wird die Debatte fortgesetzt.

Mattl (Kreisgewerkschaftskommission Auffig) erklärt im Namen der dreizehn Kreisgewerkschaftskommissionen, daß der zur Diskussion stehende Antrag betreffend die Beitragsleistung der Verbände die erwartete Sicherstellung der Kommissionen nicht bringen werde. Sie hätten trotzdem von der Einbringung eines eigenen Antrages absehen und erwarteten von der Einsicht der Verbände die Förderung der Kreisgewerkschaftskommissionen.

Lorenz (Metallarb.) erklärt, daß alle Verbände die Kreisgewerkschaftskommissionen brauchen. Wir müssen den Kreisen das geben, was sie benötigen. Es geht um das Gesamtwohl der Gewerkschaften in den Kreisgebieten.

Preßler (Metallarb.) meint, eine Reform der Kreisgewerkschaftskommissionen sei notwendig, sollen diese fähig sein, ihre Aufgaben zu erfüllen. Alle Organisationen haben ein Interesse an dem Ausbau der Kreisgewerkschaftskommissionen, weil diese sich um die Organisation der Arbeiter jener Betriebe bemühen, in denen keine großen Verbände bestehen.

John (Chem. Arb.) hält den Ausbau der Kreisgewerkschaftskommissionen für um so notwendiger, als die Entfernung der Ortsgruppen vom Verbandssitz oft eine so große ist, daß die Verbindung mit der Kreisgewerkschaftskommission bedeutend leichter erscheint.

Eberhardt (Holzarb.) glaubt, daß es am vorzuziehenden wäre, die für die Kreisgewerkschaftskommissionen bestimmten Beträge zentral abzuführen.

Burianet (Textilarb.) betont, daß sein Verband nicht gegen den Ausbau der Kreisgewerkschaftskommissionen sei, es handle sich aber um die Bedeutung der dazu erforderlichen Beträge.

Dröhschlab (Textilarb.): Die Wirtschaftskrise hat die Finanzen der Gewerkschaften geschwächt. Verbände mit geringen Beiträgen können die verlangten Mehrausgaben nur schwer bestreiten.

Müller (Metallarb.): Es sind keine Mehrausgaben, die künftighin zu leisten sind, sondern die Beitragsleistung soll einheitlich sein.

Palme (Bodenbacher) begründet, daß trotz der ungünstigen Verhältnisse die Frage der Kreisgewerkschaftskommissionen einer Lösung zugeführt werden muß. Der Antrag der Kommission ist ein Kompromiß zwischen verschiedenen Verbänden und Standpunkten.

Schiller Johann (Bekleidungsarb.) erklärt, daß auch die kleineren Verbände bereit sind, finanzielle Opfer zu bringen. Damit ist die Debatte über diesen Punkt erschöpft. Das Schlußwort und die Abstimmung wird auf Mittwoch verschoben, da die Antragsprüfungskommission ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen hat.

Für die Mandatsprüfungskommission berich-

tet Genosse Preßler, daß auf der Konferenz 123 Delegierte, die 223.974 Mitglieder vertreten, und vierzehn Gäste, insgesamt 137 Teilnehmer anwesend sind.

Hierauf erstattet Genosse Schäfer den Bericht über

die Sozialpolitik in der Tschechoslowakei.

Die Sozialpolitik hat nach dem Kriege viel stärker die Aufmerksamkeit beschäftigt. In den Friedendverträgen ist der Sozialpolitik zu denken. Die gestiegene Macht der Arbeiterklasse hat die Durchsetzung einer Reihe sozialpolitischer Forderungen erwirkt. Wie mit einem Schlage ist der Achtstundentag zur Einführung gelangt und nur die Kraft der Arbeiterklasse und die Lebendigkeit ihrer Organisationen haben diese Forderung durchsetzen helfen. Infolge der gegenwärtigen Schwäche der Arbeiterklasse wird das Achtstundentagsgesetz vielfach durchbrochen. Wir stehen heute im

Kampf um die Sicherung des Achtstundentages.

Eine Reihe anderer sozialpolitischer Gesetze ist gleichfalls Wirklichkeit geworden. Zeitlich ist es anders gekommen. Das Tempo der Arbeiterschutzgesetzgebung wird immer langsamer. Die jetzt beschlossenen sozialpolitischen Gesetze stehen im Zeichen der Konzeptionen an die Unternehmer. Man sieht das an der Sozialversicherung, bei der eine Reihe von entscheidenden Bestimmungen den glatten Sieg der Agrarier und Industriekapitalisten darstellt. Jede nützliche Arbeiterschutzmaßnahme muß aufgebaut sein auf der Selbstverwaltung der Betreffenden; die Sozialversicherung wird diese Selbstverwaltung wesentlich einschränken. Vorkünftig ist die Sozialversicherung eine Sammlung der Gesetze und Verordnungen, aber wann sie Wirklichkeit werden wird, weiß kein Mensch.

Eine Reihe von der Arbeiterschaft schon seit längerer Zeit in Aussicht gestellten sozialpolitischen Gesetzen ist vorläufig nicht zur Durchführung gelangt. So das Gesetz über die befristeten Arbeiterurlaube. Wir verlangen auch eine Reform der Gewerbeordnung, wodurch die Arbeitsstelle dem Arbeitenden mehr gesichert ist als bisher. Ein Gesetz über die Unfindbarkeit der Kollektivverträge wäre notwendig, die Revolverisierung des Betriebsausschüßgesetzes ist dringend. Aber es geht in der Tschechoslowakei nicht von der Stelle. Die Schaffung der Sozialversicherung rechtlich nicht den Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, der Sozialpolitik den gebührenden Platz im Staatsleben zu verschaffen. Wenn wir in einer Linie mit den tschechischen Gewerkschaften vorgehen, wären wir weiter. Wir müssen von der Politik zur Demokratie in der Wirtschaft fortzwecken. Zum Schluß empfiehlt der Referent, die vorliegenden Anträge und Resolutionen, die wir noch veröffentlichen werden, anzunehmen. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte über das Referat des Genossen Schäfer wird am Mittwoch abgeführt.

Telegramme.

Die Räumung der Kölner Zone.

Berlin, 9. Dezember. Zur Neutermelung, daß Köln am 10. Jänner nicht geräumt werden soll, folgt das „Berliner Tageblatt“: Die offizielle englische Erklärung enthält einen Widerspruch, läßt aber ungewichtig durchblicken, daß England seine Entscheidung zu ungunsten der Räumung bereits getroffen hat. Eine solche Räumung muß den Verdacht rege machen, daß der Bericht der Kontrollkommission nur noch als eine Formalität betrachtet wird und die Frage als eine politische Frage zwischen Frankreich und England und nicht, wie es sich gehört, als eine internationale Rechtsfrage bereits erledigt worden ist.

Dagegen muß vom deutschen Standpunkt aus auf das schärfste protestiert werden. Die englische Regierung kann, wenn sie nach Recht und Gesetz vorgeht, nicht anders handeln, als ihre Stellungnahme bis nach Befamntgabe des Berichtes der Kontrollkommission verschoben und dann, wie es ihre im Vertrag ausgesprochene Pflicht ist, die Räumung am 10. Jänner vollziehen.

Die römische Tagung des Völkerbundes.

Rom, 8. Dezember. Die 32. Session des Völkerbundes wurde heute nachmittags in den Räumen des Palazzo Doria durc den neuen Präsidenten des Rates Mello France (Vestilien) eröffnet. An Stelle Mussolinis, der den ursprünglichen Plan, an der Eröffnungssitzung mit einer Begrüßungsansprache teilzunehmen, ansgesagt hatte, verlas das italienische Mitglied des Rates Salandra eine Begrüßungsansprache im Namen der italienischen Regierung, worauf Mello France dankte. Der Präsident begrüßte gleichzeitig den englischen Außenminister Chamberlain, der mit seinem Kommen einen neuen Beweis für das Interesse Englands an den Völkern erbracht habe.

In seiner Erwiderung betonte Chamberlain, daß England dem Völkerbund mit der größten Achtung gegenüberstehe und im voraus die endgültige Entscheidung des Völkerbundes in der Val-Traane annehme.

Die Sitzung war zu Beginn sehr stark besucht, jedoch nahm das Interesse des Publikums infolge der schlechten Akustik im Verhandlungssaal sehr rasch ab, so daß sich die Bänke sehr schnell leerten.

Italien teilt Englands Standpunkt.

Paris, 9. Dezember. (Savas.) Wie der „Matin“ aus Rom meldet, wird sich Italien dem Standpunkt Englands bezüglich des Genfer Protokolls anschließen, u. zw. aus drei Gründen: 1. Italien sei nie für das Protokoll begeistert gewesen, 2. hoffe es, im Bereiche des Mitteländischen Meeres im Einvernehmen mit England Vorteile zu erlangen, 3. Italien findet in England eine moralische Stütze für seine antikommunistische innere Politik.

Hainisch wiedergewählt.

Wien, 9. Dezember. Die Bundesversammlung, welche aus 215 Abgeordneten des National- und Bundesrates besteht, wählte heute nachmittags Dr. Michael Hainisch wiederum zum Bundespräsidenten der österreichischen Republik. Von 201 abgegebenen Stimmen waren 90 sozialdemokratische Wahlzettel leer und daher nach der Verfassung ungültig. 111 Stimmen der christlichsozialen Großdeutschen und des Bauernbundes lauteten auf den Namen Dr. Hainisch. Nach der Wahl legte der neugewählte Präsident der Bundesversammlung den Verfassungseid ab.

Massenausweisungen von Kommunisten aus Frankreich.

Paris, 8. Dezember. (Savas.) Aufgrund der gestrigen polizeilichen Maßnahmen wies heute der Minister des Inneren 60 ausländische Kommunisten, darunter 43 Italiener, sechs Polen, sieben Belgier, einen Serben, einen Schweizer, einen Schweden und einen Deutschen aus. Alle sind Organisatoren kommunistischer Abteilungen oder Anhänger der Schule Lenins. Sie wurden sofort über die Grenze geschafft. Es wird mitgeteilt, daß die Regierung in der gleichen Weise gegenüber fremden Agitatoren vorzugehen beabsichtigt und daß sie gegen diejenigen, die sich an Vorbereitungen einer revolutionären Bewegung beteiligen, neue Maßnahmen treffen werde.

Belgien bietet kein Asyl.

Brüssel, 9. Dezember. (Savas.) Die Regierung hat den Grenzschutz den Befehl erteilt, jene ausländischen Kommunisten nicht ins Land zu lassen, welche aus Frankreich ausgewiesen worden sind und nach Belgien zu kommen die Absicht hätten.

Die englische Thronrede.

Überprüfung des Genfer Protokolls. — Keine Unterbrechung der Beziehungen mit Russland.

London, 9. Dezember. (Reuter.) In der Thronrede, mit welcher der König heute mittags die neue Parlamentstagung eröffnet hat, erwähnte er alle politischen und wirtschaftlichen Probleme, welche derzeit das britische Reich interessieren. England verlangt Genehmigung für die Ermordung des Sirdar. Die Regierung begann gemeinsam mit den Dominions das Genfer Sicherheitsprotokoll zu überprüfen. Die Regierung wünscht keine Unterbrechung der normalen Beziehungen mit Russland und erklärt, daß der Handelsvertrag aus dem Jahre 1921 alles tue, was für die Aufrechterhaltung des wechselseitigen Geschäfts möglich ist. Weiters wird daran erinnert, daß es notwendig sei, den Handelsvertrag mit Deutschland zu ratifizieren. Die Flottenbasis von Singapur wird erweitert. In der Rede wird hervorgehoben, daß die Regierung energisch bestrebt sein werde, die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot und der Herabsetzung der Lebensmittelpreise, zu lösen.

Die Studentenwut in Ugram.

In Ugram 62 Studenten verhaftet. — Protestaktionen.

Belgrad, 8. Dezember. Nach Berichten aus Ugram kam es verflochtenen Samstag an der dortigen Universität zu einer förmlichen Belagerung des von den Studenten verbarrikadierten Universitätsgebäudes durch die Gendarmerie. Nach gewalttätiger Sprengung des Tores war die Polizei in das Gebäude eingedrungen; sie verhaftete sämtliche dort angetroffenen 61 Studenten und überstellte sie wegen gewalttätigen Eindringens in fremdes unbewegliches Eigentum dem Gerichte. Während der Eskortierung der Studenten durch die Stadt kam es zu zahlreichen Zusammenstößen der Polizei mit manifestierendem Publikum. Auch im Laufe des gestrigen Tages mußte die Polizei wiederholt gegen demonstrierende Studenten einschreiten.

Anlässlich des gewalttätigen Eindringens der Polizei in das Universitätsgebäude richteten die Studenten an den akademischen Senat einen Appell, sich für die Wahrung der so großlich verletzten Universitätsautonomie einzusetzen und in dieser Hinsicht dem Beispiele des akademischen Senates der Belgrader Universität zu folgen. Dem Protest der Studenten der Ugramer, Belgrader und Vahbacher Universitäten haben sich auch die Studenten der juristischen Fakultät in Subotica und der philosophischen Fakultät in Urešac angeschlossen.

Freilassung der Verhafteten.

Belgrad, 9. Dezember. Wie aus Ugram gemeldet wird, wurden die am Samstag verhafteten Studenten über Intervention des Universitätsrates in Freiheit gesetzt. Die Vorlesungen an der Ugramer Universität wurden bis Neujahr vertagt.

Ernst Toller.

In Ernst Toller, der heute vor uns sprechen wird, dürfen die deutschen Arbeiter und Angehörigen Prags einen der stärksten Dichter und einen vielgeprüften Märtyrer des deutschen Proletariats kennen lernen. Was die Berichte aus grauer Vorzeit von den Sängern zu erzählen wissen, daß sie ihrem Volk voranzogen in Kampf und Streit, daß sie ihm nicht nur Unterhalter für mühsige Stunden, sondern anfeuernde Führer und Teilnehmer der Taten sein wollten: das haben Toller und seine Freunde, ein Gustav Landauer, Erich Mühsam und Ludwig Rubiner, wieder wahrgemacht, indem sie Dichten und Handeln zu einer einzigen großen Einheit verbanden, dem Leben. Dieses zur Tat gesteigerte Dichten hat Landauer in den Tod durch Mörderhand und Toller für fünf graue, schwere Jahre in die Festung Niederschönenfeld gejagt, auf daß er hier den Traum einer Befreiung des Proletariats und einer bayerischen Rätebürokratie mit erlebten Qualereien büßte, aber die Katastrophe des Politikers zeugt erst recht für den Dichter. Denn sie erweist ihn als eins mit seinem Worte und seiner Gesinnung, der opfervolle Einsatz des Lebens weihte Toller zum wahren Sänger der Revolution.

Wollen wir sein künstlerisches Werk voll begreifen, müssen wir es in das Sinnen und Trachten der jungen Generation einordnen, die um 1910 zur geistigen Reife herantwuchs.



Damals war der Rausch der Väter und Vorväter, es in der Technik, der Industrie, in der vielgerühmten Zivilisation so herrlich weit gebracht zu haben, längst verfliegen, und in dumpfer Ernüchterung sahen die Jungen die Welt des Kapitalismus, wie sie wirklich war: leergelaufen in einer seelenlosen Mechanik, ohne Aufschwung, ohne höheres, über den Profit hinaus gerichtetes Wollen, gesättigt von unheilsvolleren Spannungen, von Haß und Gier. Inbes die Dichter der älteren Generation, die die Triebkräfte dieser Entwicklung schon feinfühlig spürten, sich angeekelt von solcher Wirklichkeit abwandten und, wie Stefan George, in ferne Reiche voll priesterlicher Kühle und stille flüchteten oder, wie Alfred Nombert, in effläschem Rausch mit Sonnen- und Sternensystemen zu spielen begannen oder endlich, wie Rainer Maria Rilke, in verzehrender Demut mit Gott rangen, wollten die Jünglinge von 1910 in dem heißen Atem des Weltverbesserungsdranges alles Schlechte verjagen und das Gute aufsprießen machen. Von Rilke geweckt, wurde Gott — nicht der Gott der Kirchen, sondern die alle Menschen einende göttliche Erhebung — für sie wieder lebendig, das sittliche Verantwortungsgefühl gab ihrem Sein und Dichten inneren Rhythmus, vom eigenen Ich fanden sie den Weg zu dem, was uns alle verbindet, und damit zum „Bruder Mensch“, irgendwie fühlten sich die Besten unter ihnen alles als „Kameraden der Menschheit“.

War dieses Verbrüderungsgefühl eben noch Pathos, eine schöne, jüngerhafte Geste gewesen, so bekam es durch das furchtbare Erlebnis des Weltkrieges Gewicht und Wirklichkeit. Je mehr die lauten Lügen des Tages, Vaterland und Heldentum und Freiheit, wie die Staatsgewalten sie sahen, in sich zusammenbrachen, je tiefer die Kirchen ihren Gott zum Wahn der Schlächter und Heuler prostituierten, desto mächtiger erhob sich in den Dichtern des jungen Geschlechtes die Republik des Geistes, die ihre Bürger zum Protest gegen den blutigen Widerstand der Zeit, zur Aufrufung der wenigen Menschheitslieben zum beispielgebenden Tatwillen verpflichtete. Damals begann Karl Kraus sich vom Zeitskritiker zum Menschheitszeiger emporzureden, dichtete Franz Werfel seine von Kriegshör und Brudersliebe erfüllten Gefänge, kündeten Gerrit Engelke, der früh gefallene Malergesell, Paul Jech, Johannes Vecher, Walter Hafencleber und Ernst Toller mitten im Schlachtenmurm die Versöhnung und den Aufschwung. Vielleicht nicht alle Sozialisten dem Programm nach, waren sie es in der Gesinnung und der Idee. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg galten ihnen (genau so wie den Soldaten in Barbusses „Feuer“) als Heilige, als letzte Hoffnung und Trost. Will man heute, in der Müdigkeit der Krisen und des waffenstarken Friedens, etwas von der anfeuernden, zur Tat drängenden Mut spüren, die revolutionär durch jene Gesänge brauste, dann greife man zu dem treuesten Dokument der Zeit, den von Ludwig Rubiner gesammelten, als revolutionäres Manifest und nicht nur als „Gedichtsbuch“ gedachten „Kameraden der Menschheit“.

Der Lebensrhythmus dieser aufrührerischen Jugend schlug und brannte auch im Blute Tollers, er ließ ihn in machtvollem Gedichte n, groß und erschütternd wie Psalmen, die „Menschen“, die „Soldaten“, die „Mütter“ aufrufen und Worte tiefster Ergriffenheit finden wie etwa diese:

Ich kann die Gesichter meiner Kameraden nicht vergessen.
Sie ließen sich in Fabriken führen und zu Maschinenrollen pressen.
Vierjähriger Krieg hat ihre Seelen erdrückt und ihre Augen geblendet.
Das Menschliche ihrer Gesichter bespüren, da starb es, geschändet!
Bei Dornen aus dunklen Hofenschenkeln und schmutzigen Vorderellen.
Sicht man oft unter geschminkten Masken ein gültiges Lächeln quellen.
Aber die Gesichter meiner Kameraden gleichen erstarrem Lachen —
Gott! Bruder! Mensch! werden sie jemals wieder erwachen?!

Nicht mehr der einzelne Soldat wird in diesen Versen lebendig gemacht, sondern die Vision „Soldat“ an und für sich, losgelöst vom Besonderen und Individuellen: die leibgewordene Erkenntnis vom Seelenmord, den Kaserne- und Krieg an Millionen und Abermillionen begehen, blickt uns aus dem Bild an von den „erstarren Lachen“, aus der entsetzten Frage, ob sie „jemals wieder erwachen“ werden. Es ist eine durchaus neue Kunst, die es mit solch zwingender Gewalt vermag, statt des Wirklichen und Greifbaren das Allgemeinste und Letzte in aus der Seele geschöpften, unmittelbar zur Seele Sprechenden Bildern zu verkörpern, und wie hier den Krieg, so macht Toller in den „Gedichten der Gefangenen“ das Martyrium „Kerker“, die schmerzliche Offenbarung „Geflüchtete Menschenseele“ reden und weinen. Es bedarf nur eines kleinen Schrittes von dem so mitleidvoll begriffenen „Bruder Mensch“ zum „Bruder Tier“ und Toller hat ihn in seinem schönsten lyrischen Werk, dem „Schwabenbuch“ getan. Wie greift hier doch alles über den engen Tag hinaus ins Ewige: die Härte der Büttel, die den kleinen geflügelten Gästen nicht das Nest in der Zelle gönnten wollen, der unermüdete, rührende Eifer des Schwabenspärchens, sich und den Jungen Seim und Wärme zu sichern, und die seelische Zwiegespräche, die selbstlose Kameradschaft zwischen den Tieren und den Gefangenen, die, mächtiger Mensch, doch noch elender und unfreier und gequälter sind als die rechtlosen Schwaben.

Das Bekenntnis zum Du, zum Bruder, diese treibende Kraft in Tollers gesamtem Schaffen, hat sich zur hymnischen, halb-lyrischen Form kristallisiert in den beiden Chorwerken „Der Tag des Proletariats“ und „Requiem dem erschossenen Brüdern“, reines Drama wurde es zuerst in der „Wandlung“. Es ist der Weg vom Selbstischen zum Selbstlosen, zur Demut und liebenden Hingabe an den Nächsten, der sich hier aufnut, die große sittliche Pflicht spricht mahnend, erlösend zu den Hörern. So oft Toller sich bisher die Bühne zur Kanzel nahm: — in „Masse Mensch“, in der Tragödie der ersten großen Arbeitererhebung „Maschinenstürmer“, und im „Hinkemann“, wandelte er, des Sozialismus eifervollster Priester, den Aufruf zur Brüderlichkeit erschütternd und überzeugend ab. So unbedingt überzeugend vor allem, weil er nicht als kalter Formler, sondern als heißergriffener, mitleidzerrissener Mensch hinter seinen Gestalten steht und ihnen, die ja nur Spiegelungen seines Mitgefühls sind, das eigene zuckende Herz in die Brust legt. Was ist uns Hinkemann, während sich die Tragödie seines Lebens abrollt? nur etwa der lächerliche Krüppel, der Hahnenrei, der „starke Mann“, der seinen Schmerz und die primitivste Menschlichkeit prostituiert, um dem geliebten Weibe Brot zu schaffen? nein, aus seinen Qualen schreit das Leid aller Kreaturen, und während ihm die Leute ins Gesicht spüren, fühlen wir uns selbst als Schänder des Menschenbruders und alles Gute in uns empört sich und gelobt Eintracht!

Ein Jahrzehnt kämpft Ernst Toller dichtend, handelnd, leidend für die Menschheit, ringt er unermüdet, ihre verflüchtete Seele zu befreien, bis aus Masken und „erstarrem Lachen“, aus der Fron der Maschine und des lebensmordenden Alltags das Antlitz des Bruders erwacht. Nicht den Dichter nur gilt es zu begrüßen, nicht nur das Opfer des bayerischen weißen Schredens, sondern einen Größeren, Höheren: den tiefen Lehrer, der im traurigsten Bündel Elend noch den Menschen entdeckt und gezeigt hat den gläubigen Pfadfinder, der uns aus Niederungen herauszureißen strebt zu den reinen Höhen des Daseins!

Debitenturfe.

Prager Kurse am 9. Dezember.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1378.00 07	1984.00 07
100 holl. Mark	8.09 00	8.13 00
100 holl. Franks	168.25 00	172.78 00
100 schweiz. Frant	657.75 00	660.75 00
100 brit. Sterling	150 37.50	151.07 50
100 Lire	147.12 50	148.02 50
1 Dollar	33.90 00	34.20 00
100 franz. Franks	183.25 00	184.75 00
100 Dinar	51.00 00	51.50 00
10.000 ungar. Kronen	4.65 50	4.75 50
100 poln. Loh	652.37 50	655.37 50
10.000 österr. Kronen	4.60 57	4.60 57

Die tschechische Krone notiert in:

Frankfurt 100 Kr	Dollar 3.02 50
Berlin 100	Schweiz. Frant 15.60 00
Wien 1	Mark 127.000.000 00
	österr. Kronen 2.150 00

Tages-Neuigkeiten.

Interview mit Hans Krebs.

Einem unserer Mitarbeiter ist es gelungen, Herrn Krebs bei seiner Ankunft auf sudeten-deutschem Boden zu einem Interview über seine Eindrücke vom Ausgang der deutschen Wahlen zu bewegen. Herr Krebs führte aus:

Ich bin hochbefriedigt über das geradezu glänzende Ergebnis der deutschen Wahlen. Nach unserem neuesten Programm kann man die Stärke einer Bewegung am Rückgang ihrer Anhängerzahl messen. Wir wagten nicht zu hoffen, daß sich unser Aufschwung so klar zeigen würde. Wie ich vor kurzem im „Tag“ ankündigte, erwarteten wir einen Verlust von 200.000 Stimmen. Das hätte bedeutet, daß der verrottete jüdische Parlamentarismus auch in den Reihen der völlig gesinnlosen Männer noch stark vorherrscht. Der Verlust von 18 Mandaten überzeugt auch den Ungläubigsten, daß unsere Befürchtungen grundlos waren. Wir dürften in einem weiteren Jahre kräftigen Vorwärtsschritts die Höchstgrenze unserer Ausdehnung erreicht haben. Doch werden wir nicht rasten, bis der letzte unserer Abgeordneten aus dem Reichstag verschwindet. Dann wird die Bewegung unüberwindlich sein.

Auf die Frage, wie Ludendorff sich im Wahlkampf betätigt habe, antwortete Herr Krebs:

Er hat sich prächtig geschlagen. Die Marne-Schlacht, die Siegfriedstellungen und die großen Siege von 1918 verblissen gegen diesen Sieg. Man könnte ihn nur mit dem großjüdischen Eroberungszug nach Schweden vergleichen.

Ueber die Kommunisten befragt, äußerte sich der „Führer der Sudeten-deutschen“ (als solcher war Krebs in Deutschland angetreten):

Ich beklage tief den Niedergang unserer prächtigen Bruderpartei. So sehr sich unsere Stärke in unserem Stimmenverlust zeigt, so sehr muß dieser bei den Kommunisten als bedenklich gelten. Es bestehen zudem Befürchtungen, daß wir im Reichstag unser großes Orchester nicht mehr zusammenbringen werden. Wir haben zusammen nur 60 Mann; wenn man die auf die Pulstafel und Kindertrompeten verteilt, kommt auf kein Instrument etwas Rechtes. Unser Klub würde für sich gerade ein schönes Salonorchester abgeben. Ich habe mit meinem Gesinnungsfreund Ivan Kay über unsere Taktik gesprochen, doch ist alles noch tiefstes Geheimnis.

Als Hauptaufgaben des neuen Reichstages bezeichnete Herr Krebs:

Die Haftentlassung Hitlers und seine Wahl zum Reichspräsidenten. Die Reinigung des Reichstages von den republikanischen Schergen. Ernennung des Kapitäns Ehrhardt zum Reichswehrminister, Artur Dinters zum Leiter eines zu schaffenden spirituell-arisch-literarischen Reichsarbeitsamtes. Brechung der Zinsknechtschaft durch Kampf gegen das Leihkapital. Herr Krebs erhofft gerade von dieser Maßnahme sehr viel für seine Partei hierzulande. Straflosigkeit für Ermordung von Arbeitern.

Die Zeit drängte schon. Herr Krebs war während der Unterredung etwas blaß und nervös geworden. Als der Zug einfuhr, erstieg er ihn rasch und rief dann noch aus dem Fenster eines kleinen Abteils für eine Person, auf das er sich mit schwerer Gedankenarbeit zurückgezogen hatte, voller Siegeszuversicht einige Sätze, von denen nur lose Worte zu verstehen waren: Marxismus — vernichtet — roter Niederbruch — Sieg — Heil — Wotan — Hakenkreuz — Stahlhelm — Hitler —.

Wieder eine nationale Säule geborsten. Die Hakenkreuzler haben entschieden Bez. Noch haben sie den Schreden über die Defraudation eines ihrer Anhänger in der Duxer Bezirksbankenkassa nicht überwinden, da wird schon wieder ein Hakenkreuzler verhaftet, weil er mein und dein nicht unterscheiden konnte. Vergangenen Samstag wurde bei der Firma Bloch u. Co. in Gumbald beschäftigt gewesene Buchhalter Josef Diewod aus Neulischau von der Gendarmerie verhaftet und dem Bezirksgerichte in Teplitz eingeliefert, weil sich bei der Revision der Bücher herausstellte, daß große Beträge durch Diewod unterschlagen wurden. Wie groß die Summe der Unterschlagung ist, konnte man bisher noch nicht genau feststellen, allein man nennt schon jetzt den Betrag von 50.000 K., der sich wahrscheinlich noch bedeutend erhöhen wird. Ein Praktikum soll von der ganzen Sache gewunt haben, doch wird erst die Untersuchung näheres darüber ergeben. Diewod war eine der Hauptpersonen der Gumbolder Hakenkreuzler und tat besonders bei den letzten Gemeindevahlen hervor. Er war es auch, der in der Fabrik offen für die Hakenkreuzler Propaganda betrieb. Der gute Mann wird nun Geiselschaft haben darüber nachzudenken, wie der Kampf gegen die Zinsknechtschaft und das Judentum durch Defraudation nicht geführt werden kann. Es ist nur zu wundern, wie es bei dem Verwaltungsapparat der Firma Bloch in Gumbald möglich war, solange Unterschlagungen zu begehen, ohne daß man davon gefolgt. Wir werden auf diese Angelegenheit noch zurückkommen, sobald die Untersuchung mehr Klarheit gebracht haben wird.

Genossin Amalia Pölzer gestorben. Am Montag vormittag ist im Wiener städtischen Krankenhaus Genossin Amalia Pölzer nach einer überstandenen Operation im Alter von 54 Jahren gestorben. Genossin Pölzer war eine der markantesten Gestalten in der österreichischen Frauenbewegung, der sie seit Jahrzehnten ihre ganze Kraft widmete. In dem Jahrbuch der „Arbeiter-Zeitung“ heißt es über die Verstorbene: „Trotz ihrer Ehe- und Mutterpflichten findet Amalia Pölzer Zeit, auch der großen Sache des Sozialismus unermüdet weiterzuarbeiten. Sie gründete die sozialdemokratische Frauenorganisation, sie wirkte als Verbandsobmannin, als Mitglied des Frauenrats in Moskau, überall haben wir sie gesehen, bei jedem sozialem Streik, bei den vielen Demonstrationen, bei den Wahlen, überall haben wir Amalia Pölzer an erster Stelle an der Arbeit: unerschrocken, unermüdet, doch dem Umfange, den sie der Arbeit widmete, im dem sie bis zu ihrem Tode wirkte als eifriges Mitglied, als eine treue Helferin vor allem in dem Kampfe für Wohlfahrtsangelegenheiten. In Amalia Pölzer war dem Proletariat ein Vorbild jener Frauen gegeben, die, ob ihrer Familienpflichten nie vergessend, auch der Öffentlichkeit zu dienen. Wie in der Frauenorganisation und in der politischen Partei wirkte Amalia Pölzer, die erst im vierundfünfzigsten Lebensjahr stand, auch im Verband Sozialer unermüdet, und auch die Arbeiterinnen-Kinder hatten in ihr eine unermüdete Förderin. Sie war nicht nur ihrem Gatten, unserem Freund Johann Pölzer, eine liebevolle, besorgende Frau, sie war nicht nur ihren Kindern die beste Mutter — Amalia Pölzer war mehr, sie war so eine Art Bezirksmutter, eine Helferin, Trösterin, Freundin allen, die ihre Hilfe, ihren Trost, ihre Freundschaft brauchten. Bezeichnend dafür ist der letzte Brief, den sie von ihrem Krankenbett aus an Fr. Stiefel, die Leiterin der Arbeiterorganisation, Genossin Toni M., und mit dieser an „alle Freundinnen“ gerichtet hat. Die Worte sind, die sie in dem Briefe an die Arbeiterinnen, auch der Sozialisten, mit ihrer zusammengefasst haben, und ruft ihnen dann („softe es mit mir lieblich auszuhaben“) zu: „Arbeitet brav weiter!“ Ihr letzter Gedanke vor der Operation hat noch der Parteiwohlgefallen, der Arbeit für den Sozialismus. Wenigen Menschen werden so viele eheliche Tränen nachgeweiht werden, wie dieser hilfsbereiten, aufrechten und tapferen Frau!“

Der Ausstieg der Kleinhandelspreise. Der Ausstieg der Kleinhandelspreise November 1924 hat sich nach den Preisberichten des statistischen Amtes bei der Gruppe I (Tagesbedarf, namentlich Nahrungsmittel) von 916 am vorangegangenen Monat auf 922 und bei der Gruppe II (Textilstoffe, Schuhe und Herrenhüte) von 1064 auf 1073 erhöht. Dieses Steigen beträgt durchschnittlich für die ganze Republik und im Vergleich mit den Preisen des vorhergehenden Monats in den beiden Gruppen 0,7 Prozent. — In der Gruppe I verteuerten sich folgende (im Vergleich zu den Preisen des Vormonats): Getreidebrot plus 5,5, Brotmehl plus 4,4, Eier plus 0,9, Kartoffeln plus 3,8, Margarine plus 1,9, Milch plus 0,9, Erbsen plus 0,9, Holz plus 0,85, Weizenmehl plus 0,8, Bier plus 0,7, gerodete Seife, weisses Kindseife plus 0,6 Prozent. Es verbilligten sich: Butter minus 3,9, Lammfleisch — 2,9, Schweinefleisch — 1,3, Steinkohle — 0,9, Braunkohle — 0,7 Prozent, Petroleum, inländisches Fett, Linsen, Zucker und Getreidemehl haben überhaupt keine Preisänderung erfahren oder nur eine unbedeutende. — Die Textilien wurden um 1, Schuhe um 0,4 und Hüte um 0,6 Prozent teurer.

Mutter und Kind in den Romaner Klause. Auf ein telephonisches Mißverständnis ist es zurückzuführen, daß aus der in den Klause mit ihrem Sohne gefangenen Frau Franziska Verch die Gattin, anstatt die Schwiegertochter des Bankdirektors Verch geworden ist. Frau Auguste Verch, die Gattin des genannten Direktors, lebt seit zwei Jahren und heute noch in Saaz, Lehmannstraße, und kann daher nicht mit ihrer Schwiegertochter identisch sein.

Die Grenzlinie zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei. Zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien wurde die definitive Grenzlinie ausgemessen. Das die ursprüngliche provisorische Demarkationslinie bedeutet die definitive Grenzlinie einige kleinere Lokalitäten. Am Samstag, den 6. Dezember übernahmen die tschechoslowakischen Mitglieder der Demarkationskommission die betreffenden Gebiete, welche auf Grund dieser Verhandlungen der Tschechoslowakei zufielen, die rumänischen Mitglieder der Demarkationskommission die Gebiete, die Rumänien zufielen.

Ueberfall auf eine Tschechoslowakin in einem französischen Jagd. Blättermeldungen zufolge wurde Sonntag im Zuge zwischen Paris und Montargis die aus Bay Wittingau gebürtige 24 Jahre alte tschechoslowakische Staatsangehörige Anna Celin (P.), welche aus Toul zu ihrem Manne fuhr, überfallen. Ein unbekannter junger Mann verletzete ihr Gesicht mit einem Stein, den sie zuletzt mit dem Stiefel zu Tode zu prägen. Der Zustand der in das Krankenhaus in Corbeil gelangten Verletzten ist ernst. Nach dem Mörder, welchen es gelungen ist, zu entkommen, wurden die Nachforschungen eingeleitet.

Der internationale Kongreß der Gewerkschaften. Der internationale Kongreß der Gewerkschaften wird im Mai 1925 in der Tschechoslowakei stattfinden. Bisher ist es nicht entschieden, ob der Kongreß in Prag oder in Brünn tagen wird. Aus zahlreichen Ländern sind bereits Anmeldungen eingetroffen. U. a. haben England, Frankreich, Belgien, Italien, Oesterreich, Deutschland und Polen ihre Teilnahme als sicher angemeldet.

Die Dienstpragmatik der Beamten.

Ein Konflikt über die Verhandlungsgrundlage. — Verlängerung der bisherigen Dienstpragmatik bis 31. Jänner 1925.

Vom Verbands der Bank- und Sparkassenbeamten und vom „Sdruženi pénsniků úředníků“ wird uns mitgeteilt: In der am 3. d. M. stattgefundenen (zweiten) Besprechung der gemeinsamen Verhandlungskommission wollten die Beamtenvertreter die Dienstpragmatik auf Grundlage des vom Bankverbande ausgearbeiteten Entwurfes beraten, während wir die Erklärung abgaben, daß als Verhandlungsgrundlage die bisherige Dienstpragmatik dienen solle. Nach Unterbrechung dieser Sitzung durch den Vorsitzenden der Verhandlungskommission, der erklärte, daß sich der Bankverband mit der eingetragenen Sachlage beschäftigen wird, erhielten beide Organisationen eine gleichlautende Zuschrift des Bankverbandes, in welcher das Besondere darüber ausgesprochen wird, daß wir durch unsere den Bankentwurf als Verhandlungsgrundlage ablehnende Stellungnahme die Verhandlung unmöglich gemacht hätten, während dieser Entwurf nicht, sondern nur einen Diskussionsgegenstand darstellen sollte. Auf diese Zuschrift, die Anlaß zu zwei Besprechungen unserer Vertreter mit dem Präsidenten des Bankverbandes gab, haben wir heute dem Bankverband

unserer Antwort überreicht, in welcher ausgedehnter wird, daß der Entwurf seines vorerwähnten Schreibens den Verlauf der am 3. d. M. stattgefundenen Sitzung nicht richtig wiedergibt. Von dem Bestreben geleitet, zu einer Vereinbarung über die Dienstpragmatik und den Kollektivvertrag zu gelangen, wird dem Bankverband die Fortsetzung der Verhandlungen auf nachfolgender Grundlage beantragt: Verhandlungsgrundlage sind die alte Dienstpragmatik, der Bankentwurf und der Entwurf beider Organisationen. Bei den Beratungen der einzelnen Abschnitte wird die bisherige Dienstpragmatik als Ausgangspunkt genommen werden, beiden Vertragsparteien ist vorbehalten, im Sinne der ihnen erteilten Direktiven vorzugehen. Der Bankverband wird über Empfehlung seiner Verhandlungskommission, falls keine Rücksicht auf Beendigung der Verhandlungen bis Ende dieses Jahres sein könnte, die Dienstpragmatik bis 31. Jänner 1925 verlängern. Mit diesem Schritte ist beider Verbände das ihrige beigetragen, um im Wege der direkten Einigung die Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen.

Entkoffinierte Damesigaretten werden von der Tabakregie zu 100 und zu 25 Stück in Verschleiß gesetzt. Auf ein Kartonn mit 100 Stück Zigaretten Dames ist ein Preiszuschlag per eine Ration, auf ein Kartonn mit 25 Stück Zigaretten Dames daher 25 Heller festgesetzt, so daß der Preis eines Kartons mit 100 entkoffinierten Dames 385 K und eines Kartons mit 25 Stück 7,75 K betragen wird. Entkoffinierte Dames werden ausschließlich nur in ganzen Verpackungseinheiten, d. i. entweder zu 100 oder zu 25 Stück den Konsumenten, d. i. entworfen.

Selbstmörderinnen. Montag vor 11 Uhr vormittags sprang in selbstmörderischer Absicht die Privatbeamte Marie Klein aus Rohlfis aus dem zweiten Stockwerke des Hauses Nr. 223 in Prag-Rustadt in den Lichtofen. Sie blieb schwer verletzt liegen und verstarb im Auto der Rettungsgesellschaft. Ursache der Tat unbekannt. — Die 28jährige Geschäftsgestellte Franziska Tippelt aus Zlitz trat Montag eine Selbstmordversuch und wurde schwer verletzt ins Allgemeine Krankenhaus gebracht. Unglückliche Liebe trieb sie zu der Tat.

Tschechoslowakische Klassenlotterie. (19. Sitzungstag). Gezogen wurden die Grundzahlen 55 und 74 gezogen. 60.000 K gewann: 211.655; 10.000 Kronen gewann: 24.474; je 5000 K gewannen: 19.155 44.574 120.455 135.655 185.155 189.574 190.374; je 2000 K gewannen: 2355 3555 15.274 17.255 26.855 34.774 40.174 60.855 64.655 73.874 78.755 91.855 110.155 118.255 125.155 135.655 139.755 148.555 148.974 158.255 160.074 164.755 167.955 178.474 181.574 188.174 198.374 199.855.

Polnische Militär- und Wirtschaftsspionage in Sowjetrußland. Moskauer Meldungen zufolge wurden in wiederholten Prozessen gegen polnische Spione wurde eine ausgebeutete polnische Militär- und Wirtschaftsspionage in der Sowjetunion aufgedeckt, welche in verschiedenen Formen im Jellarski-Departement des polnischen Generalstabs organisiert wird. Montag verurteilte das Charlowe Gericht den polnischen Spion Wenglingli zu 10 Jahren Gefängnis, welcher über seine Tätigkeit im Dienste des Generalstabs genaue Auslagen machte.

Zwei Millionen Franken für falsche Pässe. Pariser Blättermeldungen zufolge wurde Sonntag in einem Pariser Restaurant der amerikanische Staatsangehörige polnischer Abstammung Green verhaftet, welcher in Warschau eine Werkstätte für falsche Pässe und Visa besch, die er namentlich nach Amerika reisenden tschechoslowakischen und polnischen Staatsangehörigen lieferte. In der letzten Zeit langten auf Grund dieser gefälschten Pässe an 50 Auswanderer in Marseille und Paris ein, welche sich nach Amerika begeben wollten. Green hat für diese falschen Pässe über zwei Millionen Franken eingenommen.

Ein Mittwiler am Matteottimord. Der italienische Senat wird als oberster Gerichtshof in Folge der Anze gegen den Senator General de Bono das Verfahren wegen Mittwilerhaft an der Ermordung Matteottis einleiten. De Bono erklärte, er stehe der Affäre vollständig fern.

300 Fischer verhaftet. Die „Postische Zeitung“ meldet aus Stockholm, daß über das Schiff von 70 am Freitag aus Esbjerg abgefahrenen Fischkuttern jede Rudersticht fehlt. Die Besatzung der vermissten Boote beläuft sich auf 300 Mann.

Im Seeurlaub gefangen. In der vorletzten Nacht wurden acht Fischerboote, die von Carlau (Aurksee-Nehrung) zum Fischfang ausgefahren waren, von einer heftigen Nordsturm überrollt. Von den acht Booten ist bisher nur eins mit den Insassen zurückgekehrt. Von den anderen Booten sind Trümmer an den Strand geworfen worden. Zwei Fischer sind in Rossitten gerettet worden, 13 ertranken noch. Man nimmt an, daß sie ertrunken sind.

Das Urteil im Budapest-Esküldprozess wurde gestern vormittag verkündet. Der Gerichtshof hat Esküld wegen Verletzung und versuchten Betruges zu fünf Jahren Zuchthaus, neun Millionen Geldstrafe, zehn Jahren Ehrverlust und

auf den Berliner Wochenmärkten begingen. Die Männer der Frauen, die sämtlich im Berufsleben stehen, und auch ihre Kinder, die zum Teil bereits erwachsen sind, mußten von dem Treiben der Diebinnen nichts. Bei der Durchsicht der Wohnungen wurde noch viel Diebstahl gefunden.

Offizielle Probefahrt des Mettner-Rotor-Schiffes. Dieser Tage fand unter der Beteiligung von etwa 1200 Personen die erste offizielle Probefahrt des Mettner-Rotor-Schiffes statt. Alle bedeutendsten Werften und Reedereien des In- und Auslandes waren vertreten, ebenso die Spitzen der Behörden, Vertreter der in- und ausländischen Presse, technische Anzahl der deutschen Universitäten und technischen Hochschulen hatten Vertreter entsandt. Von Bord des Papag-Rumpfers „Budapest“ konnte die Teilnahme der Kaiserlichen Marine, die von der Kaiserliche Marine kommandiert, was auch die Teilnehmer geringeren Ranges, teilweise unter drei Sechsmannern, konnte das Schiff alle Monometer schnell und sicher ausfahren und eine Geschwindigkeit von sieben bis acht Kilometer erreichen. Nach Beendigung der Manöver war den Teilnehmern Gelegenheit geboten, das Schiff mit laufendem Motor in seinen Einzelheiten zu besichtigen.

Weiterüberblick vom 9. Dezember. Die Temperatur nimmt in der ganzen Republik allmählich ab, die Nachmittagsmaxima haben in der Slowakei bereits den Normalwert erreicht. Nur die Nachmittagsmaxima sind noch ziemlich hoch: sechs bis neun Grad Celsius Wärme. Dienstag brachten die Fröste — 3 bis — 7 Grad Celsius, in Böhmen war dies der erste letzte Nachtfrost seit längerer Zeit. Die Wetterlage ist bedächtig. — Wahrscheinliches Weiter von heute: Weiter Temperaturabnahme.

Volkswirtschaft.

Keine Massenentlassungen in Ostrau.

Besserung der Geschäftslage. Währisch-Ostrau, 9. Dezember. Die Direktorenkonferenz des Ostrau-Steinwägen Reviers verständigte den Revierrat in Währisch-Ostrau, daß sie weder mit ihm noch mit den Vertretern der Gewerkschaften der Bergleute über die Betriebsbeschränkung oder Betriebsaufstellung in einzelnen Gruben verhandeln werde, da weder der Revierrat noch die Gewerkschaften zu solchen Verhandlungen kompetent sind. Die Direktorenkonferenz billigt aber in Angelegenheit der Arbeiterentlassungen den Betriebsräten der betroffenen Betriebe eine gewisse Mitarbeit zu. Wie das Tsch. P.-B. erfährt, finden die angekündigten Massenentlassungen nicht statt, da die Kohlenbergwerke eine genügende Anzahl Bestellungen erhielten. Der Waggomangel dauert noch an.

Der Buchdruckerstreik in der Slowakei. Der Streik der Buchdrucker in der Slowakei dauert ungeschwächt an. Ende der vorigen Woche hatte es wohl den Anschein, als ob auf beiden Seiten die Neigung zu einer friedlichen Beilegung des Kampfes vorhanden wäre. Es kam auch durch Vermittlung des Pörschberger Gewerkschaftsinspektors zu einer am Samstag stattgefundenen Verhandlung. Diese Verhandlung verlief aber wieder resultatlos, denn die Unternehmer stellten Forderungen, die von der Gewerkschaft nicht angenommen werden konnten. Die Bemühungen der Unternehmern durch Anwerbung von Streikbrechern die Buchdruckerarbeit zu machen, um der Welt zu zeigen, daß es auch ohne tüchtige Facharbeit im Buchdruckerhandwerk und im technischen Zeitungsdruck geht, wirkt nachgerade lächerlich. Die Unternehmer versuchen jetzt Schreibmaschinenarbeiterinnen für die Setzmaschine abzurufen und meinen damit für den geübten Maschinensetzer Ersatz zu schaffen. Die wenig sich diese Hoffnung erfüllte, zeigte schon die erste Probe, bei der ein schwächliche Mädchen vor der im Gang gesetzten Maschine eine heillose Angst bekam, daß sie, alles hinter sich lassend, auf und davon lief, in der Meinung, der Teufel müsse jeden Augenblick aus dem eisernen Schloß springen. Im übrigen verbietet auch das Gesetz die Verwendung von Mädchen bei der Verarbeitung von Blei. Die die Dinge heute stehen, ist an eine baldige Beendigung des Kampfes nicht zu denken. Die Stimmung der Streikenden ist verbittert und sie sind entschlossen, ihre Rechte unentwegt zu verteidigen.

Ein gemütliches Kaffeehaus. Zwei Verbrecher, die in South Bend (Indiana) in ein Kaffeehaus eindrangen, um die Anwesenden zu terrorisieren, töteten zwei Mann und verwundeten fünf schwer. Der eine Verbrecher wurde niedergeschlagen, der andere ist entkommen.

Ein mexikanische Stadt von Banditen ausgeplündert. Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat eine Bande von 70 Männern die Stadt Tapalapa im Staate Jalisco geplündert. Elf Einwohner wurden getötet und sieben schwer verwundet.

Raubmord an der eigenen Mutter. Einen Raubmord an seiner Mutter, der an Rohheit seinesgleichen sucht, beging in Hamburg ein 23jähriger junger Mann. Er verlor vor einigen Tagen in Hamburg Schmuckfächer. Da das Geld aber bald aufgebraucht war, faßte er den Plan, einen großen Raubmord auszuführen. Als Opfer erkor er sich seine eigene Mutter. Er spaltete der kränklichen Frau mit einem Beil den Schädel, schleppte die Leiche in ein dunkles Schlafzimmer, und wickelte den Kopf in Tücher, die mit Petroleum getränkt waren. Das Bett zündete er an, damit durch den Brand die Spuren seiner grausigen Tat vernichtet würden. Dann alarmierte er die Feuerwehr. Da sich aber das Feuer infolge der abgesperrten Luftzufuhr nicht entzünden konnte, entwickelte sich nur starker Rauch. Der Mörder sagte der herbeieilenden Behörde, daß sich seine Mutter noch in der Wohnung befinde. Als die Feuerwehrmänner die Tür öffneten, lohnte der Brand an. Sie erkannten aber sofort, daß die Frau ertrunken war. Der Mörder wurde verhaftet, leugnete aber entschieden, und erst nach längerer Zeit legte er ein unfaßliches Geständnis ab. In seinen Taschen fand man wertvolle Silber- und Goldwaren die seiner Mutter gehörten.

Unterlagen der Berliner Bahnhof Alexanderplatz. Die Kriminalpolizei der Reichsbahndirektion Berlin hat ermittelt, daß in der Stationskassette des Berliner Bahnhofes Alexanderplatz seit einiger Zeit heimlich untergeschoben, falschgungen und Diebstähle verübt worden sind. Fünf Beamte sind verhaftet worden. Zwei der verhafteten Beamten haben bereits ein Geständnis abgelegt. Im Juni d. J. ist in der Stationskasse ein Reichsbetrag von 60.000 Mark festgestellt worden. Die seitherzeit angelegten Ermittlungen blieben jedoch ergebnislos. Die ungetreuen Beamten haben bis in die letzte Zeit die Untersuchungen fortgesetzt.

Eine weibliche Diebsbande. Von der Berliner Kriminalpolizei ist eine Diebsbande festgestellt worden, die aus fünf Frauen im Alter von 20 bis 45 Jahren besteht, welche große Diebstähle

GEGENWÄRTIG ist gut, billig u. ausgiebig!

ERHÄLTICH IN ALLEN KONSUMVEREINEN

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

besorgt **Optiker Deutsch, Prag,**
Graben 23, Kl. Bazar.
2075

Ein interessanter Film von seltener Schönheit, betitelt „Im Elbthal der Böhmer Schweiz und eine Besichtigung der Centrawerke in Teichsen“, wird vom 12. bis 19. Dezember im Bio Lucerna in Prag neben dem sonst herrlichen Programm vorgeführt. 3114

Die Abhärtung und Stählung des Körpers erreicht man durch ständigen Gebrauch von **Diana-Franzbranntwein.**

Nicht nur billiger, sondern auch bekömmlicher und appetitlicher als ausländisches Schweinefett ist **Ceres-Speisefett.** Beachten Sie den wunderbar reinen Ruchgeschmack und die unbegrenzte Haltbarkeit. Mit keinem Fett sind Mehlspeisen so bekömmlich und so leicht verdaulich als mit **Ceres-Speisefett.** 3092

Stoek Brandy Medicinal.

garantiert echtes, reines Weindestillat.
Nach wie vor die führende Marke.

Vortragsabend.

Die „Freie Vereinigung für Bildungswesen“, die eine Reihe deutscher Angestellten- und Arbeiterverbände umfaßt, veranstaltet heute, **Mittwoch, den 10. Dezember 1924,** um halb acht Uhr abends, im Saale der Prager Produktbörse eine Vorlesung des bekannten Dichters und Vorkämpfers deutscher Freiheit,
Ernst Toller.

In Ernst Toller erwachte im Kriege, als er sich unter dem ungeheuren Erlebnis des Menschheitsleidens zum Sozialisten wandelte (sein Drama „Die Wandlung“). Er, der als Freiwilliger ins Feld geschickt war, wurde zum Anführer des großen Mordens und zum Propheten einer neuen Menschlichkeit. Die bayerische Reaktion warf den Dichter ins Gefängnis. Hinter den Kerzengittern von Niederschönfeld schuf Toller in den letzten fünf Jahren erhabene Dramen und in seinen Gedichten das Reife und Schöne, was die deutsche Lyrik seit dem Kriege zu geben hatte.

Zur Vorlesung gelangen dramatische Dichtungen, das „Schwabenbuch“ und „Vormorgen“.
Preise der Plätze:
Für Mitglieder und deren Angehörige: K 5.—, 8.—, 12.— und 15.—. Für Nichtmitglieder: K 9.—, 12.—, 15.— und 20.—.

Kunst und Wissen.

Arbeitervorstellung. Friedrich Zmetana's entzückende Volksoper „Der Kuh“ gelangte am Sonntag in der Reihe der Vortragsvorstellungen des Vereines der deutschen Arbeiter in Prag zur Ausführung. Es ist das Verdienst Herrn Kapellmeisters Ullmanns, dem ausverkauften Hause mit einer in jeder Hinsicht ausgezeichneten Wiedergabe des tschechischen Meisterwerkes gebietet zu haben. Chöre, Ensemble und Orchester klappten ebenso vorzüglich wie die sorgfältige Regie Herrn Lahe's. In den Hauptrollen boten Frau de Garma, Herr Mäha, Herr Hermann, Herr Hagen, Fräulein Sommer und Fräulein Hart vortreffliche Leistungen. Die den Programmen beigegebenen Erläuterungen der Oper stammen aus der Feder des Genossen Dr. Eben. Der vollkommene künstlerische und materielle Erfolg aller bisherigen Arbeiter-Opernvorstellungen beweist, daß sie sich im Laufe der wenigen Jahre ihrer Einrichtung zu den begehrtesten Veranstaltungen ihrer Art entwickelt haben und von den bürgerlichen Kreisen Prags nicht minder geschätzt werden wie von der Arbeiterschaft.

Gastspiel Selma Kurz. (1. Abend: „Traviata“.) Die gefeierte Koloraturlin der Wiener Staatsoper Frau Kurz hat in der Reihe der Vortragsvorstellungen des Vereines der deutschen Arbeiter in Prag zur Ausführung gebracht. Sie ist das Verdienst Herrn Kapellmeisters Ullmanns, dem ausverkauften Hause mit einer in jeder Hinsicht ausgezeichneten Wiedergabe des tschechischen Meisterwerkes gebietet zu haben. Chöre, Ensemble und Orchester klappten ebenso vorzüglich wie die sorgfältige Regie Herrn Lahe's. In den Hauptrollen boten Frau de Garma, Herr Mäha, Herr Hermann, Herr Hagen, Fräulein Sommer und Fräulein Hart vortreffliche Leistungen. Die den Programmen beigegebenen Erläuterungen der Oper stammen aus der Feder des Genossen Dr. Eben. Der vollkommene künstlerische und materielle Erfolg aller bisherigen Arbeiter-Opernvorstellungen beweist, daß sie sich im Laufe der wenigen Jahre ihrer Einrichtung zu den begehrtesten Veranstaltungen ihrer Art entwickelt haben und von den bürgerlichen Kreisen Prags nicht minder geschätzt werden wie von der Arbeiterschaft.

berückenden Stimme nicht spurlos vorübergegangen; manche Töne, namentlich in der Mittellage, klingen bereits spröde und entbehren des einstigen Schmuckes. In der Höhe steigt die virtuose Gesangstechnik und Routina der Künstlerin aber über alle stimmlichen Hindernisse. Neben Frau Kurz verdient der neue Alfred Geramont Herr Reumann ehrenvollste Erwähnung; dieser intelligente Sänger beherrscht nicht nur den Stil Verdis vollkommen, sondern verstand auch darstellerisch zu wirken. Dirigent der Aufführung war teilweise Herr Waigand am Pulte, teilweise Frau Kurz auf der Bühne. Das Theater war gut besucht, aber nicht ausverkauft. —el.

Zweites Gastspiel N. Throft. „Großstadtluft“ von Blumenthal und Kadlburg. Das Gastspiel vermittelte wieder einen Blick in eine — zum Glück — bereits untergegangene Lustspielwelt. Wir können heute nur staunen, wie simpel das Theaterpublikum vor zwanzig Jahren war, wenn es sich einen solchen Schmarren als „Lustspiel“ vorsetzen ließ. Wie konnte man herzlich über eine bürgerliche Gesellschaft lachen, die aus Männern bestand, welche ohne die Lust Berlins in der Kleinstadt nicht zu leben vermochten, über diese ewig ertischten und stets untreuen Ehemänner, über diese Kleinstadtspieker mit ihrem Tratsch und Klatsch (die Koyebue so überflüssig nachgehüft sind), über diese verkümmerten alten Herren, die in einem weinfeudigen Studententummers ihre Jugendübermut-widerfinden und gegen die furchtbare Gattin aufmucken? — Selbst die trotz seines Alters bewundernswürdige Frische eines Throft kann diesem Schemen kein Leben mehr einhauchen, und wenn er so natürlich im Hause das einst beliebte: „Auf der grünen Wiese“ mitgrüßt, so kann es einem nur leid tun, daß diese selbst im hohen Alter kräftige Charakterisierungskunst nicht für Wertvolleres verwendet wird. — Die Kräfte unseres Ensembles taten bei dieser verunglückten Anferstehung eines Mils so gut mit, als es ging. Eine besondere Erwähnung verdient Herr Oiden, dem man den „allgemein geliebten“ Berliner beinahe geglaubt hätte und Fräulein Ondra, die so hübsch ist und so nett spricht, daß man dem Ehegatten (Hölzl) seine gut geminten Seitenprünge schwer verzeihen kann. Dr. R. G.

Gilberts „Königin“, eine der erfolgreichsten Schlageroperetten der Kriegsjahre, ging am Sonntag neuerlich über die Bretter des Neuen Deutschen Theaters. Daß alle modernen Operetten nur Produkte vorübergehenden Zeitgeschmacks sind und daher unglücklich rasch verfallen, bewies dieser Operettenabend. Trotz guter Besetzung der Hauptrollen (Frau Siklos, Fräulein Jensch, Frau Logauer, Herr Fleischmann, Herr Gabel und Herr Kober) und aufopfernder Spielfreunde aller übrigen Mitwirkenden wirkte die Operette im allgemeinen stimmunglos, wozu übrigens auch das halb-leere Haus wesentlich beigetragen haben dürfte. Der Stumpfsinn des Textbuches kam unter dem Eindruck der antiquierten Musik noch mehr zur Geltung als seinerzeit. Als musikalischer Leiter fungierte nach langer Zeit wieder einmal Herr Kapellmeister Travnikel, während die Spielleitung in den bewährten Händen Herrn Ziradlers lag. —el.

Die nächsten Schauspielneubheiten. Das Schauspielpersonal ist gegenwärtig mit den Proben zu der am Sonntag den 21. Jänner im Neuen Theater stattfindenden Premiere von Bernhard Shaw's Heldenkomödie „Die heilige Johanna“ beschäftigt, die unter Spielleitung Max Liebs vorbereitet wird. Anfangs Jänner folgt unter der Regie von Hans Demey die Premiere von Luigi Pirandello's grotesker Komödie aus dem Bühnenleben „Sechs Personen suchen einen Autor“, in der Leopold Kramer die Hauptrolle des Theaterdirektors spielen wird. Direktor Kramer inszeniert in der zweiten Jännerhälfte Richard Beer-Hofmann's Vortitel zur Historie von König David „Jakobs Traum“. Als nächste Klassiker-Neuinszenierung ist Shakespeares Lustspiel „Maß für Maß“ (König: Roman Reinhardt) in Aussicht genommen. Im Laufe des Jänners finden auch die Uraufführungen von Alabund's alchimistischer Schauspiel „Der Kreidekreis“ und Ernst Toller's Komödie der jüngsten Gegenwart „Der entfesselte Wotan“ statt.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: C. Schick.

Ein Wanderbuch
für das Nicht- und Grenzgebiet der tschechischen Schweiz. Herausgegeben von dem Herausgeber des „Wanderbuchs“ in Leipzig. Preis: 1.00. In allen Buchhandlungen erhältlich.

Im Spielplan der Kleinen Bühne werden S. W. Raughams neues Lustspiel „Victoria“ und die lustige ungarische Komödie „Der Eisjapfen“ erscheinen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Mittwoch Gastspiel Throft „Das grobe Hemd“; Donnerstag Gastspiel Throft „Zirkusleute“; Freitag Gastspiel Kurz „Der Troubadour“; Samstag nachmittags Uraufführung „Don Carlos“, abends „Zirkusleute“; Sonntag vormittags Kammermusik, nachmittags „Entführung“, abends „Die Königin“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch „Der Barbier von Sevilla“; Donnerstag „Die kleine Sanderin“; Freitag „Sibilla“; Samstag „Clo-Clo“; Sonntag

nachmittags Gastspiel Throft „Moral“, abends „Illusionist“.

Aus der Partei.

An alle Parteiorganisationen!

Im Nachhange zu der Verlautbarung des Parteivorstandes über die Sammlung für die Zwecke eines Grabdenkmals für unseren verstorbenen Genossen Karl Cermak bitten wir die Organisationen, die eingesammelten Beträge mittels Posterscheine unter ausdrücklicher Anführung der Zweckbestimmung an das Parteisekretariat in Prag zu senden.

Turnen und Sport.

Fußballturnier auf dem Prager Slaviaplatz.

Sonntag: DFC gegen Ruselsky SK 3 : 0 (3 : 0). Slavia gegen SK Brno 3 : 2 (1 : 0). Montag: Slavia gegen Ruselsky SK 2 : 1 (2 : 0). DFC gegen SK Brno 1 : 1 (1 : 1).

Der Slaviaplatz hatte an beiden Tagen keinen besonderen Besuch aufzuweisen, trotzdem verhältnismäßig sehr guter Sport geboten wurde. Zum Teil mag daran der allzu frühe Beginn der Spiele — dreiviertel 2 Uhr —, zum Teil die Spielbauer der einzelnen Spiele — nur je zweimal 30 Minuten — Schuld tragen. Am Sonntag gab es noch dazu auf dem Slaviaplatz eine besondere Attraktion, die tausende Fußballanhänger anzog. Die verkürzte Spieldauer zwang die Mannschaften, von Anfang an aus sich herauszugehen und auf Sieg zu spielen.

Der DFC kam dieser Notwendigkeit nur am ersten Tage in vollem Maße nach. Der Ruselsky SK wurde fast gar nicht zu Atem gelassen, ein Angriff nach dem andern rollte gegen sein Tor. Im Angriff des DFC spielte als Angriffsführer Heidegger, der sich als durchschlagsträftiger seiner Aufgabe voll gewachsener Spieler entpuppte und sicherlich einen großen Gewinn für das Fortwachen des DFC darstellt, da er Selbstsich voll zu vertreten vermag. Ferner trat zur Überraschung aller der alte Leh, der „Feingebilde“, wieder an. Er hat jedoch an beiden Tagen nichts besonderes gezeigt, da er sich mit Heidegger noch nicht ganz verständigen konnte. Babor war bei beiden Spielen in guter Form und von allen Stürmern der gefährlichste. Neben ihm spielte in der Verbindung am Sonntag Patel, am Montag Pastl. Beide hatten anscheinend das Bestreben, Leh in seinen Leistungen nicht zu überbieten. Strnad war verlässlich. Im Half hielt Jimmy am zweiten Tage das Tempo nicht mehr durch. Wahrer, der am Montag antrat, hatte glänzende Momente. Mit der Verteidigung konnte man an beiden Tagen zufrieden sein. — Wie gesagt, erinnerte sich der DFC nur am ersten Tage daran, daß es die kürzere Spieldauer auszunutzen galt. Gegen SK Brno vergaß er auch Torhüter. In der zweiten Halbzeit war es schon zu spät, da die Dunkelheit keine Kontrolle und kein Fußball mehr zuließ und Brno dabei mit einem Riesengeld und Kampfsport verteidigte. Kuchynka vergab die einzige sichere Chance: er schoß einen Schuß mit Bombenschuß — an die Oberlatte. Zusammenfassend kann jedoch gesagt werden, daß der DFC an beiden Tagen das schönste und kultivierteste Spiel gezeigt hat. Der Applaus des Publikums — oft spontan — war ein verdienter.

Bei der Slavia wollte es diesmal nicht klappen. An beiden Tagen mußte ihr das Glück zu Hilfe kommen, damit sie Siegerin bleibt. Gegen SK Brno ging es ja noch an. Da boten ihre Reihen ein einheitliches Bild, der Sieg war beinahe verdient. Am Montag jedoch ist die bessere Mannschaft geschlagen worden. Die Slavia mußte über die Hälfte der Spielzeit verteidigen und errang nur Zufallsfolge. Sie trat allerdings mit einigen Erfahrenten an.

Von den beiden anderen Mannschaften sind nur die Brnoer hervorzuheben, die an beiden Tagen zeigten, daß sie tapfer zu kämpfen verstehen. Die Schiedsrichter waren bei allen Spielen nicht auf der Höhe. —lg.

A. C. Sparta

schlägt Sonntag Viktoria Zizkov 5 : 2 (3 : 2) und am Montag SK Liben mit dem gleichen Score.

Viktoria Zizkov bereitete ihren Anhängern am Sonntag gegen das verjüngte Team der Sparta eine große Enttäuschung. Sie kombinierte zwar großartig, hatte sehr oft alles vom Spiel, ließ sich jedoch allzu oft von der Sparta überrennen. In der zweiten Halbzeit verlor sie dann noch die Ruhe und begann planlos anzugreifen. Ein Double war die Folge. Ueber 10.000 Zuschauer besetzten den verdienten Sieg des wieder in große Form kommenden Ermeister.

Gegen SK Liben langte dann auch eine weniger ambitionierte spielende Sparta-Elf. Die Liebener wollten durch Robiten ihr Minus an Können wettmachen. Der Schiedsrichter ließ sich das auf die Dauer nicht gefallen, so daß die Liebener das Spiel mit acht Mann beenden mußten.

Sonstiger Feiertagsfußball. Prag. Meteor VIII gegen Czech Karlin 0 : 0, Slavoj Zizkov gegen Liben 2 : 0 (0 : 0) DFC. Ref. gegen SK Rusle 6 : 0 (0 : 0), Viktoria Rusle gegen SK Rusle 2 : 2 (0 : 1), DFC. Sturm geg. Sparta Nischle 2 : 2 (1 : 1). — Schreckstein. Sportsbrüder gegen Teplitz SK 1 : 1 (0 : 0), Teplitz gleich in der letzten Minute aus. — Bodebach. SV gegen DFC. Aufzug 4 : 3 (3 : 1). — Brunn: Zdenice gegen SK. Pevco 3 : 0 (1 : 0), rohes Spiel der Brerauer. — Wien. Samstag: Simmering gegen Slovan 3 : 2 (1 : 2); Sonntag: Admira gegen Amateure 3 : 1 (2 : 0)!, Gadoah gegen Wacker 1 : 0 (0 : 0), Hertha gegen Dsmark 2 : 1, Floridsdorf gegen International 2 : 1; Montag: Amateure gegen Rapid 2 : 0 (2 : 0)!, Gadoah gegen Pogo 2 : 2, Slovan gegen Dsmark 3 : 0 (1 : 0). — Fürth. 1. FC. Nürnberg gegen SpV. Fürth 2 : 1 (2 : 0). — Kassel. West- gegen Mitteldeutschland 2 : 2 (1 : 1). — Budapest. MKA. gegen Törekves 5 : 1.

Ein neuer Schwimmrekord. Der berühmte schwedische Schwimmer Arne Borg hat Sonntag in Stockholm einen Rekord aufgestellt, in dem er 500 Meter in 6.19.6 Minuten durchschwamm.

Leichtathletik. (Speroni in Barcelona siegreich.) Das Hauptereignis in Barcelona war Sonntag der 14-Kilometer-Lauf, in welchem die heimische Mannschaft gegen die Italiener wohl im Gesamtergebnis gewinnen konnte, ihnen aber den ersten und den dritten Platz überlassen mußte. Ergebnisse: 1. Berlo Speroni (Italien) 51:08.8, 2. Colau (Spanien) 51:33, 3. Bertini (Italien) 52:16.



Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur **Kalla's Fischkonserven** in allen Konsumvereinen erhältlich.

Das müssen Sie sehen!

Landschaftsbilder aus dem wundervollen Elbthal der böhmischen Schweiz von solten schöner Klarheit, dazu eine interessante Handlung.

Ein herrlicher Film

der gleichzeitig aufklärend wirkt, wird unter dem Titel „Im Elbthal der böhmischen Schweiz und eine Besichtigung der Centrawerke“

im Bio „Lucerna“ zu Prag vom 12. bis 19. Dezember 1924 vorgeführt.